

146. Sitzung

Mittwoch, den 19.03.2014

Erfurt, Plenarsaal

**Vorliegen des vollständigen
Fusionsvertrages zwischen
der Kali+Salz AG Kassel, der
Mitteldeutschen Kali AG und
der Treuhandanstalt vom
13. Mai 1993 bei der Thüringer
Landesregierung, deren Um-
gang und das verfassungsgemäße Informations- und Kontrollrecht des Thüringer Landtags**

13844

Antrag der Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 5/7457 -
dazu: Entschließungsantrag der
Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 5/7490 -

Minister Reinholz erstattet einen Sofortbericht zu Nummer I des Antrags. Die Erfüllung des Berichtersuchens zu Nummer I des Antrags wird festgestellt.

Der beantragten Fortsetzung der Beratung zum Bericht gemäß § 106 Abs. 1 i.V.m. § 86 Abs. 2 GO im Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz wird zugestimmt. Die Nummer II des Antrags wird an den Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz - federführend -, den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, den Haushalts- und Finanzausschuss und den Justiz- und Verfassungsausschuss überwiesen.

Der Entschließungsantrag wird an den Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz - federführend -, den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, den Haushalts- und Finanzausschuss und den Justiz- und Verfassungsausschuss überwiesen.

Ramelow, DIE LINKE	13844, 13847, 13852, 13865
Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz	13845
Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei	13852, 13854, 13856, 13856, 13857, 13869
Barth, FDP	13856, 13856, 13856
Primas, CDU	13857
Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13860
Weber, SPD	13862, 13863, 13863, 13864, 13865, 13865, 13865, 13865
Heym, CDU	13865
Hitzing, FDP	13866
Kummer, DIE LINKE	13869
Döring, SPD	13870
Blehschmidt, DIE LINKE	13871, 13871
Eckardt, SPD	13872

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Grob, Groß, Gumprecht, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Krauße, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Primas, Reinholz, Scherer, Schröter, Tasch, Dr. Voigt, Walsmann, Wetzels, Worm, Wucherpennig

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Hausold, Hellmann, Hennig, Huster, Jung, Kalich, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, König, Korschewsky, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Lukasch, Dr. Lukin, Möller, Nothnagel, Ramelow, Dr. Scheringer-Wright, Skibbe, Stange

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Dr. Hartung, Hey, Höhn, Kanis, Künast, Marx, Matschie, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Scheerschmidt, Taubert, Weber

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Hitzing, Kemmerich, Koppe, Sparmberg, Untermann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dr. Augsten, Meyer, Rothe-Beinlich, Schubert, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsidentin Lieberknecht, die Minister Matschie, Carius, Gnauck, Höhn, Dr. Poppenhäger, Reinholz, Taubert, Dr. Voß

Beginn: 12.03 Uhr

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserem heutigen Sonderplenum des Thüringer Landtags, das ich hiermit eröffne. Ich begrüße die Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Die heutige Sitzung wurde gemäß Artikel 57 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags aufgrund eines Antrags der Fraktion DIE LINKE einberufen. Die entsprechende Unterrichtung liegt Ihnen in der Drucksache 5/7448 vor. Ich möchte Sie im Übrigen darauf hinweisen, dass zwischen dieser Sondersitzung und der danach folgenden regulären Plenarsitzung, die um 14.00 Uhr planmäßig beginnen soll, aus technischen Gründen in jedem Fall 30 Minuten Pause notwendig sind.

Für die heutige Sitzung hat als Schriftführer neben mir Frau Abgeordnete Kanis Platz genommen, die Rednerliste führt Herr Abgeordneter Koppe.

Es haben sich für heute entschuldigt: Herr Abgeordneter Fiedler, Herr Abgeordneter Günther, Herr Abgeordneter Metz, Herr Abgeordneter Dr. Mario Voigt und Herr Minister Geibert.

Gestatten Sie mir noch folgenden allgemeinen Hinweis: Die Fraktionen der CDU und DIE LINKE haben mich darüber unterrichtet, dass durch deren Mitarbeiter Heiko Senebald, CDU, sowie Annette Rudolph, Stefan Wogawa, Frank Schenker und Petra Lahn, Fraktion DIE LINKE, in den März-Plenarsitzungen von den dafür vorgesehenen Flächen im Plenarsaal Bild- und Tonaufnahmen von den Abgeordneten der jeweils eigenen Fraktion gefertigt werden sollen. Gemäß Ältestenratsbeschluss vom 15. Dezember 2009 ist dazu keine Genehmigung, sondern lediglich die Unterrichtung der Präsidentin erforderlich. Die Parlamentarischen Geschäftsführer wurden informiert.

Nun Hinweise zur Tagesordnung: Zu dem Tagesordnungspunkt wurde ein Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/7490 verteilt. Die Landesregierung hat mitgeteilt, zu diesem Tagesordnungspunkt von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe auf den **einzigsten Tagesordnungspunkt**

Vorliegen des vollständigen Fusionsvertrages zwischen der Kali+Salz AG Kassel, der

Mitteldeutschen Kali AG und der Treuhandanstalt vom 13. Mai 1993 bei der Thüringer Landesregierung, deren Umgang und das verfassungsgemäße Informations- und Kontrollrecht des Thüringer Landtags

Antrag der Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 5/7457 -

dazu: Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 5/7490 -

Wünscht die Fraktion DIE LINKE das Wort zur Begründung? Ja, bitte schön, Herr Abgeordneter Ramelow.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Werte Kolleginnen und Kollegen, zuallererst möchte ich begrüßen auf der Zuschauertribüne die Kali-Kumpel von Bischofferode

(Beifall im Hause)

und den Bürgermeister von Menteroda, Gerhard Jüttemann und die Kollegen, die betroffen sind von dem, was wir heute hier zu diskutieren haben. Und es ist mir eine besondere Freude, auch Herrn Peine heute hier begrüßen zu können - Herr Peine, seien Sie herzlich willkommen!

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, weil in der „Thüringer Allgemeinen“ eine ganze Fortsetzungsserie zum Thema Fusionsvertrag und Kali-Auseinandersetzung Bischofferode zu lesen war. Man konnte dort lesen, dass in einem Ministerium ein kompletter Aktenberg vorhanden gewesen sein soll, der einem anderen Ministerium zugestellt werden sollte, und ähnliche Dinge. Das war der Anlass, warum wir gesagt haben, wir hätten gerne als Parlament Klarheit, da wir als Parlament der Haushaltsgesetzgeber sind und über alle Konsequenzen jeweils zu entscheiden haben, die auf diesen Verträgen basieren. Also der Kali-Verschmelzungsvertrag, soweit er dem Rahmenvertrag der Altlastenfreistellung unterliegt, ist Gegenstand intensiver Beratung hier im Hohen Haus und auch in Zukunft wird es darum gehen, dass wir Altlasten finanzieren müssen, die auf diesen Verträgen basieren. Bisher war es immer so, dass der Thüringer Landtag keine Gelegenheit hatte, den kompletten Kali-Verschmelzungsvertragstext, den kompletten Text lesen zu können, um ihn in der eigenen Arbeit bearbeiten zu können. Es gibt sicherlich auch interessierte Menschen in der Öffentlichkeit, die sehen möchten: Um was ist es eigentlich historisch gegangen? Aber uns als Parlamentariern ist es immer darum gegangen, abschätzen zu können, ob die Entscheidungen, die wir getroffen haben und die wir noch treffen müssen, auf

(Abg. Ramelow)

solidem juristischen Fundament basieren oder ob möglicherweise der Freistaat Thüringen über den Tisch gezogen worden ist, unabhängig von den bitteren Opfern, die die Kali-Kumpel von Bischoffero- de erleiden mussten und alle Kali-Kumpel, deren Betriebe und Werke geschlossen worden sind. Das ist schon ein Drama, das vor 20 Jahren massiv Thüringen beeinträchtigt und die Thüringer Region geschädigt hat.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wenn wir jetzt, nachdem der Thüringer Landtag 2011 einstimmig beschlossen hat, dass der Landtag endlich diese Dokumente zur Kenntnis nehmen möchte, um sie bearbeiten zu können, um die eigene Arbeit darauf aufbauen zu können, nachdem wir jetzt in der Zeitung lesen, die Landesregierung soll die Verträge haben und es gibt eine Video-, eine Fernsehsequenz, in der Herr Illert 1998 bei einer Anfrage der Kollegin Dagmar Becker von der SPD zitiert wird, dass sie den gesamten Vertrag gehabt hätten. Zwischen haben und hätten liegt irgendwo die Wahrheit.

Deswegen haben wir die Sonderplenarsitzung beantragt, um der Landesregierung die Bitte zu übermitteln, für Klarheit zu sorgen. Wir sind nicht hier, um Geschichtsaufarbeitung zu machen - da hat jeder von uns eine eigene Sicht -, was vor 20, vor 25 Jahren passiert ist und ob es wirklich richtig und sinnvoll war, die Kali-Reviere in den neuen Bundesländern einfach zu schließen, zu schleifen und es einem einzelnen westdeutschen Konzern zu überlassen, über die Zukunft von uns allen und von den Menschen in den Regionen allein zu bestimmen. Das ist eine Betrachtung, die in die zeithistorische Dimension gehört. Aber über die Frage, ob wir Altlastenfreistellung in Zukunft absichern, ob wir möglicherweise bis zu 2 Mrd. € noch absichern müssen, die in die Sicherung der Gruben gesteckt wird mit Ewigkeitgarantie, da hätte ich das Bedürfnis, dass wir als Abgeordnete uns eigenständig sachkundig machen.

(Beifall DIE LINKE)

Deswegen war die Bitte an die Landesregierung, wenn es irgendwie geht, für Klarheit zu sorgen. Dann kam die jähe Wende am Montag, indem eine Mehrheit von Fraktionen - ich weiß nicht wer alles, ich habe jetzt Kenntnis von den Fraktionen FDP und GRÜNE, wir haben zusammen gesessen, Werner Pidde hat mir später signalisiert, dass bei ihnen auch ein Aktenordner eingetroffen ist, ich weiß nicht, ob ein Aktenordner bei der CDU eingegangen ist -, jedenfalls sind nach meinem Kenntnisstand vier von fünf Fraktionen mit Material versehen worden, in das ein 62-seitiger Kali-Fusionsvertrag, Verschmelzungsvertrag beigeheftet ist. Deswegen haben wir nach der Aktualität den Entschließungsantrag modifiziert und darauf aufgebaut und sagen, es

muss jetzt geprüft werden, ob die vorhandenen Materialien aus einem Ministerium stammen. Da ist die Frage der Anzeige zur Kenntnis zu nehmen, die Herr Gnauck angekündigt hat. Aber die Frage, die viel spannender für uns als Abgeordnete ist: Liegt irgendetwas von diesem Material in den Ministerien vor, wenn ja, wo? Darüber muss heute geredet werden und, liebe Frau Ministerpräsidentin, für Klarheit gesorgt werden, denn es geht nicht darum, ob Kali+Salz noch irgendwelche Geheimverträge offenlegt, sondern es geht um die Frage, ob das Parlament endlich in die Lage versetzt wird, seine originären Aufgaben eigenständig zu erfüllen. Dafür muss jetzt endlich die Transparenz geschaffen werden. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Die Landesregierung erstattet einen Sofortbericht zu Nummer I des Antrags. Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Reinholz das Wort.

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu I berichte ich namens der Landesregierung wie folgt: Ich weise vorab nochmals auf die vielfältigen, jahrelangen Bemühungen der Landesregierung hin, von den Vertragsparteien die Herausgabe des Kali-Fusionsvertrags und die Aufhebung des Sperrvermerks zu erlangen. Das Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz hat sowohl die Geschäftsvorsorgerin der BvS als auch die Kali+Salz unmittelbar mehrfach um die Herausgabe des Kali-Fusionsvertrags und die Aufhebung des Sperrvermerks gebeten. Diese Schreiben datieren aus dem Januar 2012, Juni 2012 und zuletzt aus März 2014. Zeitnah erfolgte jeweils die Ablehnung mit Verweis auf die Vertraulichkeitsvereinbarung. Selbst das BMF als Aufsichtsbehörde wurde im März 2012 auf StS-Ebene angeschrieben. Die Ablehnung durch das BMF erfolgte noch im selben Monat.

Nun zu den einzelnen Punkten des Antrags:

Zu Punkt I.1: Eine Kopie von Unterlagen, deren Authentizität nicht geklärt ist, liegt seit dem 23.07.2013 dem Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie vor. Diese Kopie wurde mit Schreiben vom 24.07.2013 durch Herrn Staatssekretär Staschewski an Herrn Staatssekretär Richwien mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Verwendung versandt. Das Schreiben ging am 26. Juli 2013 im TMLFUN ein. Mit Schreiben vom 15.08.2013, Posteingang 15.08.2013 im TMWAT, retournierte Herr Staatssekretär Richwien die Kopie

(Minister Reinholz)

an Herrn Staatssekretär Staschewski. In diesem Brief teilte er weiter mit, dass eine Verwertung des Vertragstextes aufgrund der darin enthaltenen Verschwiegenheitsklausel rechtlich nicht möglich ist. Eine Bitte um Prüfung dieser rechtlichen Einschätzung von Herrn Staatssekretär Richwien sowie die Kopie der Unterlagen wurden am 20.08.2013 von Herrn Staatssekretär Staschewski an Herrn Staatssekretär Prof. Herz verschickt. Am 26.08.2013 übergab Herr Staatssekretär Prof. Herz die Kopie der Unterlagen sowie eine schriftliche rechtliche Würdigung (Schreiben vom 22.08.2013) persönlich und ausschließlich an Herrn Staatssekretär Staschewski. Darin wird die von Herrn Staatssekretär Richwien mitgeteilte Rechtsauffassung bestätigt.

Parallel wurde eine Kopie der Unterlagen am 29.07.2013 durch Herrn Staatssekretär Staschewski an Frau Ministerin Walsmann übersandt. Frau Walsmann wurde dabei auch über die Übersendung der Kopie der Unterlagen an Herrn Staatssekretär Richwien informiert. Mit Schreiben vom 30.08.2013 retournierte Frau Ministerin Walsmann die Kopie der Unterlagen vollständig an Herrn Staatssekretär Staschewski. In diesem Schreiben äußerte sie ebenfalls rechtliche Bedenken und teilte mit, dass aus ihrer Sicht diese Unterlagen nicht verwendet werden dürfen.

Beide rückübersandten Kopien befinden sich seit dieser Zeit unter Verschluss im TMWAT. Im TJM ist nach Rücksendung der durch das TMWAT übersandten Kopien seit August 2013 eine weitere Kopie als Arbeitsfassung verblieben. Der Austausch zwischen den Ministerien erfolgte immer in versiegelten Umschlägen und per Behördenkurier.

Zu I.2: Vonseiten des TMWAT können weder die Vollständigkeit noch die Authentizität der ursprünglich dem TMWAT übermittelten Unterlagen geklärt werden. Um deren Vollständigkeit zu verifizieren, müssten die Unterlagen des TMWAT mit einem von den Vertragsparteien des Kali-Fusionsvertrags beglaubigten Original abgeglichen werden. Ein Original liegt der Landesregierung aber nicht vor. Eine von K+S überreichte Kopie des Artikels 16 lag dem Landesverwaltungsamt 1995 vor. Kopien der Artikel 16.1 bis einschließlich 16.7 und 17.1 bis einschließlich 17.4 des Kali-Fusionsvertrags sind der damaligen Landesregierung von den Vertragsparteien im Zusammenhang mit einer Entscheidung zur Freistellung der K+S und dem Abschluss des sogenannten Generalvertrags zur Verfügung gestellt worden.

Zu I.3: Das TMWAT hat - wie bereits ausgeführt - das TJM um eine Einschätzung gebeten, ob die zur Prüfung beigefügten Dokumente seitens der Landesregierung offengelegt werden dürfen. Das TMLFUN als auch die TSK und das TJM haben dem TMWAT in ihren Schreiben mitgeteilt, dass der Vertrag eine Vertraulichkeitsklausel enthält. In allen

Antworten der Ministerien und der Staatskanzlei wurde auf die Gefahr eines Verstoßes gegen § 17 des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb hingewiesen. Ungeachtet der Tatsache, dass der Landesregierung ein von den Vertragsparteien autorisiertes Vertragsexemplar nicht vorliegt, könnte ein unbefugtes Offenlegen über eine strafrechtliche Relevanz hinaus aus Gründen des Wettbewerbs- oder Datenschutzes zivilrechtliche Unterlassungs- und Schadenersatzansprüche nach sich ziehen.

Zu I.4: Die Vertragsparteien des Kali-Fusionsvertrags haben in der Vergangenheit mehrfach ihre Zustimmung zu einem Offenlegen des Vertrags verweigert. Aus diesem Grunde sah die Landesregierung keine Veranlassung, den Landtag zu unterrichten, dass dem TMWAT Unterlagen unklarer Herkunft und unklarer Authentizität zugeleitet worden waren.

Zu I.5: Im Schreiben vom 15.08.2013 teilt Herr Staatssekretär Richwien Herrn Staatssekretär Staschewski mit, dass eine Verwertung der Unterlagen ohne Genehmigung der Vertragspartner nicht möglich ist. Diese Rechtsauffassung wurde Herrn Staatssekretär Staschewski mit Schreiben vom 22.08.2013 durch Herrn Staatssekretär Prof. Herz bestätigt. Die Landesregierung hat dementsprechend die Kopie der Unterlagen nicht für die Beantwortung der Großen Anfrage in Drucksache 5/7331 nutzen können. Die Antwort, insbesondere auf die in diesem Zusammenhang interessierenden Fragen 99 bis 107, ist wahrheitsgemäß und vollständig erfolgt.

Zu II: Die Forderung, alle der Landesregierung vorliegenden, mit dem Kali-Fusionsvertrag zusammenhängenden Unterlagen zugänglich zu machen, ist in dieser Pauschalität rechtlich nicht erfüllbar. Die Landesregierung hat sich, wie bereits ausgeführt, in der Vergangenheit intensiv bemüht, die Zustimmung der Vertragsparteien des Kali-Fusionsvertrags zur Veröffentlichung des Vertragswerks zu erlangen. Wie dem Fraktionsvorsitzenden der Linken aus dem an ihn gerichteten Antwortschreiben der Kali+Salz AG vom 17. März dieses Jahres bekannt ist, beanspruchen die Vertragsparteien nach wie vor die Geltung der zwischen ihnen abgeschlossenen Vertraulichkeitsvereinbarung, so dass der Landesregierung nach wie vor in rechtlicher Hinsicht die Hände gebunden sind. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Minister. Ehe wir in die Aussprache eintreten, möchte ich Sie darüber informieren, dass die SPD-Fraktion um eine Auszeit von 20 Minuten gebeten hat. Es ist parlamentarischer Brauch, dass wir diesem auch folgen. Ich würde dann bitten, dass wir um 12.40 Uhr wieder hier im Saal sind.

(Präsidentin Diezel)

Ich sehe, die SPD-Fraktion ist wieder anwesend, so dass ich die Sitzung erneut eröffne. Gemäß § 29 Abs. 2 Satz 3 unserer Geschäftsordnung werden Berichte der Landesregierung in doppelter Redezeit behandelt. Ich frage: Wer wünscht die Beratung des Sofortberichts? Ich sehe, alle Fraktionen. Dann kommen wir in die Beratung. Als Erster hat das Wort Abgeordneter Bodo Ramelow von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe den Sofortbericht mit Respekt zur Kenntnis genommen und will ausdrücklich sagen, ich kann das Vorgetragene gut nachvollziehen. Auf dem Informationsstand, den wir in der vergangenen Woche debattiert haben und der uns veranlasst hat, den Antrag zu stellen, war das erst mal eine exakte Wiedergabe von dem, was man auf, sagen wir mal, „lustige Art“ in der „Thüringer Allgemeinen“ lesen konnte, aber man nicht ganz einordnen konnte, ob ihr ein neues Postversandsystem ausprobiert oder ob man Rohpost schicken sollte oder Ähnliches.

Klar geworden ist, es ist eine heiße Kartoffel und jeder schiebt sie zu jemand anderem. Aber auch das kann ich bei dem Gegenstand, um den es geht, erst einmal nachvollziehen. Ich glaube aber, dass man - und ich will es jetzt auch deutlich öffentlich wahrnehmbar tun -, indem ich mich auch ein bisschen korrigiere, indem ich sage, es geht nicht um die Veröffentlichung und ich sage, in dem Ursprungsantrag steht, DIE LINKE fordert von der Landesregierung die Veröffentlichung. Das würde ich nach Kenntnis der Information, wie wir es jetzt in den Fraktionen haben, zurücknehmen und präzisieren. Es muss einen Verfahrensweg geben, wie wir zwischen Regierung und Parlament die vorliegenden Dokumente bearbeiten und bewerten können. Ob am Ende eine Veröffentlichung von allem oder Teilen herauskommt, muss das Parlament entscheiden. Die Regierung ist hier eher diejenige, die damit rechnen muss, Schadensersatzforderungen von Kali+Salz zu kriegen. Ich glaube, dass uns das nicht weiterhilft. Das wäre ein Nebenkriegsschauplatz, der von dem eigentlichen Thema ablenken würde, was unsere Motivation ist, auch heute so intensiv zu thematisieren, und warum wir es weiterhin thematisieren. Es hilft nichts, die Annahme dieser Akten zu verweigern. Es hilft nicht. Wenn die Forderung stehen würde, bitte, liebe Landesregierung, übernehmt diese Akte, um sie zu veröffentlichen, dann würde ich wieder die Reinholz'schen Ausführungen akzeptieren, aber wenn die Aussagen der Landesregierung stimmen, wir wollen prüfen und bewerten, ob dieses Material aus der Landesregierung stammt, dann müssen Sie die Akte entgegennehmen. Wie wollen Sie es denn sonst prüfen? Mit Herrn Gnauck habe ich gestern mehrfach telefoniert, wir haben uns immer wieder intensiv verständigt

und es ist weniger eine Konfrontation Landesregierung - Opposition, sondern eine Konfrontation, wie gehen wir mit der Situation um und wie kommen wir zu einem Ergebnis, das uns operationell hilft? Deswegen habe ich zur Kenntnis genommen, dass Herr Gnauck gestern in der Pressekonferenz zu den Journalisten gesagt hat, das ist wie bei Herrn Friedrich und er möchte nicht in die Situation kommen wie Herr Friedrich. Herr Gnauck, es gibt nur einen Unterschied: Der Herr Friedrich hat etwas gewusst, das er erzählt hat. Das hätte er nicht erzählen dürfen. Deswegen hat er möglicherweise ein Geheimnis verraten. Wollen Sie damit sagen, Herr Gnauck, dass Sie ein Geheimnis kennen?

(Beifall DIE LINKE)

Da müssten wir die Offenlegung des Geheimnisses verlangen, weshalb Sie das mit Herrn Friedrich verglichen haben. Deswegen meine Anmerkung.

Die zweite Geschichte ist, Sie erstatten Strafanzeige gegen unbekannt wegen Geheimnisverrat. Das kann ich nachvollziehen, haben wir auch telefonisch besprochen. Also es ist ja nicht so, dass ich das jetzt irgendwie kritisiere. Ich will nur sagen, wie wollen Sie denn feststellen, ob es ein Geheimnisverrat ist, wenn Sie die Akte einfach nicht annehmen? Ich habe sie Ihnen angeboten. Ich habe gesagt, nehmen Sie die Akte und ich will es noch einmal präzise sagen, damit es auch im Protokoll steht und jeder gehört hat: Die Übergabe der Akte zielt nicht auf den Wunsch, dass Sie sie veröffentlichen, sondern die Übernahme der Akte zielt zu dem Wunsch, das Parlament zu beteiligen und in der Regierung zu klären, ob sich diese Dokumente, die in der Akte sind, im Umweltministerium befinden. Laienhaft - ich bin nicht der Umweltminister - komme ich zum Ergebnis, wenn ich Blatt für Blatt durchblättere, es muss aus dem Umweltministerium sein. Aus dem Wirtschaftsministerium kann es nicht sein. Es sind sämtliche Altlasten-Rahmenverträge drin, Altlasten-Bearbeitungsstände, es sind lauter einzelne Entwicklungsstände einschließlich der vertraulichen Unterlagen zu Merkers. Nach meinem Kenntnisstand sind die Merkers-Unterlagen nie an das Parlament gegangen, also müssen sie aus einem Ministerium kommen, wo die Merkers-Unterlagen liegen und am Ende liegt der 62-seitige Vertrag Kali-Fusion drin und jetzt komme ich zu dem Argument, dass Kali+Salz Schadensersatz, Unterlassungsanspruch und Ähnliches öffentlich geltend macht. Das kann Kali+Salz nur gegenüber Personen machen, die unberechtigt den Vertrag veröffentlichen würden. Da ich den Anspruch nicht erhebe oder nicht mehr erhebe, dass Sie ihn veröffentlichen sollen, sondern wir ihn bearbeiten wollen, und zwar zwischen Regierung und Parlament, zwischen den Ausschüssen im Parlament, die basierend auf den Unterlagen Entscheidungen treffen müssen, und die kann man nur treffen, wenn man die Informationen kennt. Da will ich noch einmal auf diese

(Abg. Ramelow)

Klausel, die offenkundig - Herr Reinholz hat es angesprochen - Prof. Herz geprüft hat, nämlich die Klausel, ob eine rechtlich bindende Geheimhaltungsverpflichtung in dem Vertrag drinsteht. In der Tat steht drin, sie darf nicht Dritten gegenüber offengelegt werden. Die Frage ist, wer ist Dritter? Ich habe Herrn Reinholz genau zugehört. Sie haben gesagt, der Artikel 16.7 hat dem Umweltministerium und dem Landesverwaltungsamt vorgelegen. Herr Reinholz, ich frage, ob ich das richtig gehört habe.

(Zuruf Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz: 16 hat vorgelegen, ja.)

Meine Frage ist, ob 16.7 vorgelegen hat, denn - ich will es auch sagen - es geht mir gar nicht darum, hier jetzt eine Examinierung zu machen, sondern hier in der Akte ist auf einmal der 16er drin, ohne den 16.4, den 16.5 und ohne den 16.7. Das ist in der Akte. Da ist für mich die Frage: Ist das das Material aus dem Umweltministerium? Das wäre doch eine spannende Frage. Ich kann das doch gar nicht beantworten, weil der 16.7, meine Damen und Herren - und jetzt muss ich etwas tun, bei dem mich Kali+Salz dann möglicherweise verklagt, das ist mir auch völlig egal, denn wenn ich das Parlament darüber nicht informieren darf, können wir immer nur gebetsmühlenartig entgegennehmen, dass wir zur Geheimhaltung verpflichtet sind -, ist die Bund-Länder-Regelung in dem Kali-Verschmelzungsvertrag. Da heißt es: „Die Vertragsparteien nehmen zur Kenntnis, daß die Treuhandanstalt beabsichtigt, im Zusammenhang mit den ihr obliegenden Verpflichtungen zur Umweltauflastentlastung gemäß den Bestimmungen dieses Rahmenvertrags die ihr in dem in Anlage 15 enthaltenen Beschluß des Bundes und der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen vom 22. Oktober 1992 zustehenden Rechte in vollem Umfang zu wahren und durchzusetzen.“ Das heißt, in dem Kali-Verschmelzungsvertrag, wo drei Parteien, nämlich die Mitteldeutsche Kaliindustrie, die Treuhandanstalt und die Kali+Salz AG einen Vertrag schließen, stehen wir auf einmal in Artikel 16.7 explizit drin, und zwar in der Wahrung unserer Rechte, und zwar zum Thema Altlastenfreistellung. Das ist das Thema, das 1998 dann zum Rahmenvertrag geführt hat,

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Generalvertrag.)

- zum Generalvertrag, ja -, zur Altlastenfreistellung im Rahmen des Generalvertrags. 1992 gab es aber eine gültige Regelung zur Altlastenfreistellung. Die in dem Jahr 1992 verhandelten anderen Freistellungen waren zum Beispiel bei der Wismut 100 Prozent Freistellung. Der Bund, Egon, hat 100 Prozent aller Kosten von Wismut übernommen. Da ist das Land mit nichts beteiligt. Die Frage von Elf Aquitaine ist mit 80/20 geregelt worden. Dann gab es

Varianten mit 70/30 und 60/40, aber in jedem Fall immer mehr als 50 Prozent, die der Bund zu übernehmen hatte. Deswegen insistiere ich so darauf und sage, wenn in der gültigen Regelung des Kali-Verschmelzungsvertrags steht, dass unser Rechtsanspruch zu wahren ist, und zwar der Rechtsanspruch vom 22. Oktober 1992, dann ist für mich die Frage, ob ein Mitglied des Haushaltsausschusses nicht diese Frage gestellt hätte bei dem Globalvertrag, bei dem Rahmenvertrag, ob oder durch was der eine Rechtstatbestand jetzt auf einmal durch einen anderen Rechtstatbestand abgelöst wird. Die Nachfrage konnten die Kollegen Abgeordneten nicht stellen. Dafür, liebe Regierung, egal wer dafür damals verantwortlich war, haftet die Regierung, wenn man das in der Zuordnung machen will. Die Regierung hat damals dafür gesorgt, dass das Parlament diesen Artikel 16 nicht vorgelegt bekommen hat. Dem Landesverwaltungsamt lag er vor. Die Frage, ob der 16.7 vorlag, die habe ich eben gestellt, weil er in der Akte nicht drin ist, da ist nur 16.2 und - ich müsste jetzt nachschauen.

Deswegen war mein Anliegen und das habe ich Herrn Gnauck gesagt, nehmen Sie doch die Akte, einmal um der Prüfung willen, ist Geheimnisverrat gemacht worden, das kann ich nur prüfen, wenn ich die Akte entgegennehme und Blatt für Blatt durchsehe und nachschaue, ob dieses Material im Umweltministerium vorliegt. Zweitens - das ist der viel spannendere Teil, mit dem wir uns auseinanderzusetzen haben -, wie gehen wir damit um, dass Kali+Salz glaubt, von uns mit Ewigkeitsgarantie die Altlastenfinanzierung zu bekommen. Wir haben die Zahlung eingestellt, Herr Reinholz, dann haben wir sie irgendwann unter Vorbehalt wieder aufgenommen, weil wir sagen, ihr habt da einen Vertrag gemacht oder wir sind in eine Vertragssituation gekommen, bei dem wir zahlen, zahlen, zahlen müssen und der Bund sagt, geht uns nichts an. Kali+Salz sagt, aber wir geben euch vor, was irgendwie zu machen ist, also, was weiß ich, Wassereintrich in Springen oder sie sagen, zu DDR-Zeiten sind die Stempel zu klein gebaggert worden, das Deckgebirge ist nicht mehr stabil und dann fahren die immer runter und verschieben Steinsalz oder ich weiß nicht was, um die Bergsicherheit herzustellen und wir zahlen. Der Haushaltsausschuss von uns muss immer freigeben ohne die Frage stellen zu können: Hätten wir einen anderen Rechtsanspruch? Damit, Herr Reinholz und Herr Gnauck, kommt eine zweite Frage. Wenn müsste man doch die Frage stellen: Wer hat den 16 und den 17 dem Land zur Verfügung gestellt? Kali+Salz war das doch keinesfalls. Warum sollte Kali+Salz uns einen Teil aus ihrem Vertrag zur Verfügung stellen, die zwei Artikel?

(Zwischenruf Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz: Beide Parteien.)

(Abg. Ramelow)

Genau, darauf will ich hinaus. Wenn die zweite Partei, nämlich der Bund oder der Beauftragte des Bundes uns mit relevanten Informationen nicht versorgt und uns darüber im Unklaren lässt, wie die Vereinbarungen getroffen werden und wir im Zuge dieser Vereinbarungen in Zukunft für 2 Mrd. den Kopf hinhalten müssen, dann will ich wenigstens die Frage geprüft haben, ob wir dort arglistig getäuscht worden sind.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da muss doch erlaubt sein, diese Frage zu formulieren. Da müssen wir uns doch die Zeit nehmen, diese Unterlagen alle noch einmal daraufhin zu prüfen, ob möglicherweise gewichtige Teilinformationen, nämlich die Rechtsablösung des Rechtsanspruchs auf Freistellung von 1992 ersetzt worden ist durch einen Globalvertrag, mit dem man uns 500 Mio. DM damals überwiesen hat und gesagt hat, ihr kriegt den Fonds. Jetzt kann man über den Fonds reden, was man will, kann sagen, er ist handwerklich damals schlecht gemacht worden. Das kann man gern tun, das ist aber nicht mein Argument, denn ich hätte einen Fonds eingerichtet und hätte gesagt, wenn der Fonds leer ist, müssen alle wieder reinzahlen. Aber es steht drin, wenn der Fonds nicht leer ist, können wir den Überschuss behalten, das war offenkundig die Motivation, und wenn er leer ist, müssen wir zahlen, weil wir gehofft haben, dass wir es vielleicht billiger hinkriegen. Also wenn das die Motivation war, wäre der Vertrag schlecht gemacht.

Aber tatsächlich ist es so, dass jetzt einfach Kali+Salz sagt, wir haben Jahr für Jahr das Geld zu kriegen. Nach meiner Tabelle sind es rund 20 Mio., die sie im Jahr von uns überwiesen bekommen. Da ist die Frage, ob wir als Haushaltspolitiker und als Parlamentarier nicht das Recht haben, alle Rechtstatbestände zu prüfen, die diesem Zahlungsanspruch zugrunde liegen?

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen noch einmal von mir die Fragestellung: Warum nehmen Sie diese Akte nicht an, die mittlerweile jede Fraktion hat? Sie sagen, das war das Argument, die Geheimhaltungsnotwendigkeit gegen Dritte.

Jetzt komme ich wieder auf den Vertrag zurück, Herr Gnauck. Sie sind guter, fundierter Jurist. Wenn Sie die Geheimhaltungsvorschrift dieses Vertrags nehmen, da steht drin, dass die Geheimhaltung nur gegenüber Außenstehenden gilt, niemals gegenüber den Vertragspartnern. Wenn wir aber namentlich in dem Vertrag mit einem Rechtsanspruch niedergelegt sind, sind wir Beteteiligter. Entweder sind wir Drittbeteiligter oder wir sind Vertragspartner. Wenn wir Vertragspartner sind, gilt die Geheimhal-

tung gegenüber uns - also in dem Fall der Landesregierung - überhaupt nicht und die Landesregierung müsste das Parlament beteiligen. Jetzt bin ich wieder bei Herrn Gnauck - wenn es dann Geheimhaltungsvorschriften gibt, dann muss die Ausschuss-Sitzung VS sein, die Dokumente müssen VS sein, dann muss die Geheimhaltung dokumentiert sein und da muss Kali+Salz exakt gegenüber dem Vertragspartner Land sagen, welche Ansprüche von Kali+Salz oder Eingriffe in Gewerbebetriebe sind betroffen. Was nicht geht, ist, einfach nur zu sagen, das ist geheim und das Parlament soll aber bitte gefälligst dafür sorgen, dass jedes Jahr 20 Mio. an Kali+Salz gehen. Eine solche Lizenz zum Gelddrucken können wir als Parlament nicht geben, dann entmächtigen wir uns selber mit unseren Rechtsansprüchen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, lieber Herr Gnauck, habe ich jetzt Kali+Salz auch geantwortet. Herr Reinholz hat erwähnt, dass mir Kali+Salz geschrieben hat mit dem freundlichen Hinweis auf Schadenersatz. Den Hinweis habe ich verstanden, fühle mich in der Interessenlage von Kali+Salz jetzt gut aufgehoben, dass ich sage, gut, Kali+Salz möchte gern die Lizenz zum Gelddrucken behalten. Deswegen dieser Nimbus, dass alles geheim ist. Wenn wir aber im Vertrag drinstehen - und jetzt, Herr Gnauck -, wie debattieren wir darüber? Den 16.7 habe ich jetzt vorgelesen, es hat ihn jeder gehört. Ich könnte jetzt auch den ganzen Vertrag vorlesen, dann hat ihn auch jeder gehört. Wie soll ich denn als Parlamentarier mit der Regierung ins Gespräch darüber kommen, ob möglicherweise ein Altlastensicherungsvertrag vom Land Thüringen abgeschlossen worden ist unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, wenn ich es nicht prüfen kann und wenn Sie mich nicht in die Lage versetzen, mich als Parlamentarier, meine Ansprüche als Parlamentarier sachkundig zu prüfen und möglicherweise den Wissenschaftlichen Dienst des Thüringer Landtags mit der Frage zu beauftragen. Das hat alles noch nichts mit Bruch der Geheimhaltung zu tun, die Geheimhaltungsvorschriften kennen wir doch. Die ganzen Instrumentarien können Sie doch spielen. Wenn Sie der Meinung sind, dass Teile davon nicht veröffentlicht, auch gegenüber dem Parlament nicht veröffentlicht werden dürfen - nur mal eine Anmerkung: der eine oder andere erinnert sich, dass es mal eine Behörde gab, die mich 30 Jahre belästigt hat, die Frage von Sperrvermerken, die habe ich jetzt verstanden, dass man Akten kriegt, die alle schwarz sind. Da ist nur das Deckblatt irgendwie weiß. Darin steht, dass es meine Akte ist und der Rest ist geschwärzt, weil Interessenlagen des Bundes oder sonst wem zu bewahren sind. Also, wenn der Vertrag so geheim ist im Verhältnis zwischen Regierung und Parlament, warum um Gottes Willen nutzen Sie dann nicht die Instrumen-

(Abg. Ramelow)

tarien, die Sie haben: Sperrvermerk, VS. Ja, Sie lachen, Sie nehmen die Akte nicht mal an. Ja, Sie sagen einfach, Sie nehmen die Akte nicht. Sie sagen, wir haben nichts, wir geben nichts, wir kennen nichts. Das, was Sie machen, Herr Gnauck, ist Vogel-Strauß-Politik,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber nicht nur dass Ihr Vogel Strauß den Kopf in den Sand steckt, Sie buddeln gerade den ganzen Vogel mit ein. Damit sind wir dann bei Bernhard. Da weiß ich nicht, ob Sie hier andere Interessenlagen noch glauben verdecken zu müssen. Das ist mir völlig gleich. Die Kumpel von Bischofferode müssen enttäuscht sein, weil von Bischofferode und der Schließung im Vertrag so gut wie nichts drinsteht. Da steht was drin, dass sie vorher bei MdK ausgesondert worden sind, dass der Schließungsvertrag vorher abgeschlossen worden ist. Kollege Jüttemann war damals Aufsichtsratsmitglied, der hat die Dramen erlebt, Aufsichtsratsitzungen in Flugzeugen, in der Luft, und Aufsichtsratsitzungen, die durch Deutschland gefahren sind, damit Jüttemann nicht irgendwie einen Rechtsvertreter mitbringt. So hat Kali+Salz damals mit den Arbeitnehmern gespielt. Aber warum lassen wir uns als Parlament jetzt auch so behandeln? Das verstehe ich nicht. Deswegen ist für mich der Punkt, dass ich sage, es gibt einen 62-seitigen Vertrag. Kali+Salz kann sagen, das ist nicht unserer. Kali+Salz ist nicht einmal gewillt, zu prüfen, ob das ihr Vertrag ist. Sie haben mir mitgeteilt, es könnte ein Fake sein. Wenn es ein Fake ist, Herr Gnauck, Sie sind Jurist, Sie können mich doch dann verteidigen, wenn es ein Fake ist, kann ich doch einen falschen Vertrag veröffentlichen. Warum darf ich denn einen falschen Vertrag, wenn er gefakt ist, nicht veröffentlichen? Aber die Prüfung - jetzt bleibe ich noch einmal bei Ihnen -, ob ein Geheimnisverrat aus der Regierung, aus regierungsamtlichen Papieren, aus ministerialen Papieren vorliegt, die können Sie doch nur prüfen, wenn Sie die Akte nehmen und sagen, wir schauen an, wir schauen hinein, wir prüfen und bewerten, und dann weiß die Staatsanwaltschaft, wonach sie schauen soll. Sonst weiß sie doch gar nicht, was. Ich habe Ihnen angeboten, Sie können sich die Akte bei mir abholen. Ich habe auch den Briefumschlag aufgehoben. Ich habe ihn auch in der Pressekonzferenz den Kollegen Journalisten in die Hand gegeben, damit alle Fingerabdrücke darauf sind. Also so weit das Thema Whistleblowing. Ich bin da ein echter Kumpel und Sorge dafür, dass die Staatsgewalt, wenn sie prüfen will, auch prüfen kann. Aber das ist für mich eine zweite Frage. Ich verstehe, dass die Landesregierung sagt, es kann nicht sein, dass unsere Regierungsunterlagen in der Welt herumgeschickt werden. Das kann ich verstehen. Als ich noch etwas jünger war, habe ich solche Akten immer genommen und habe sie gleich

ins Internet gesetzt. Also Landesentwicklungsgesellschaft, Pilz-Verträge und so, die einen oder anderen erinnern sich hier im Hohen Haus.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hat die TLZ jetzt veröffentlicht.)

Ich wollte das von hier aus nicht sagen, Frau Kollegin Rothe-Beinlich, dass es eine Zeitung gibt, bei der man im Moment schon den ganzen Kali-Vertrag herunterladen kann, also es muss sich auch keiner mehr die Mühe machen, irgendwelche Geheimunterlagen von mir oder von irgendjemandem abzuholen. Da kann ich auf die Klausel der Geheimhaltung hinweisen. Erstens: Nach meinem Dafürhalten sind wir sowieso im Vertrag erwähnt, wir sind namentlich erwähnt, unsere Rechtsansprüche sind namentlich im Vertrag niedergelegt. Damit kann gegenüber uns keine Geheimhaltung gelten. Wer das behauptet, der macht Verträge zulasten Dritter. Wenn es ein Vertrag zulasten Dritter ist - über die Zahlungsverpflichtungen, auf denen das aufbaut, habe ich gesprochen -, dann ist er sittenwidrig. Ich glaube kaum, dass Herr Prof. Herz alle diese Fragen geprüft hat. Der hat geprüft, ob die Landesregierung offenlegen darf. Das Ergebnis ist: Nein, darf sie nicht. Deswegen sage ich, ich korrigiere mich und teile diese Auffassung. Da bin ich bei der Regierung. Darüber sollten wir nicht streiten. Weil die Frage, ob offengelegt wird oder nicht, hat sich längst erübrigt, ist aber nicht unser Thema. Unser Thema ist, ob in diesem Vertrag Rechte von uns eingeschränkt worden sind. „Uns“ meint das Land Thüringen, die Bürger in Thüringen, die Regierungsverantwortung und die Parlamentsverantwortung. Und dann noch mal so eine ...

(Zwischenruf Dr. Voß, Finanzminister: Wir können überhaupt keine Rechte einschränken.)

Haben Sie aber getan, Herr Voß.

(Zwischenruf Dr. Voß, Finanzminister: Das ist doch Unsinn, was Sie erzählen.)

Sie reden Unsinn. Dann haben Sie keine Ahnung, wovon Sie reden. Das ist wirklich unglaublich, dass Sie nicht mal - also! Lassen Sie sich ganz gelassen von mir sagen, die Wettbewerbsklausel in diesem Vertrag ist ein Vertrag zulasten Dritter, nämlich zulasten unserer Kommunen. Das Streusalz durfte in Thüringen nicht produziert werden.

(Beifall DIE LINKE)

Franz Schuster ist durch die Welt gereist und hat gesagt, wir kaufen in Rumänien billiges Streusalz, weil Kali+Salz gesagt hat, wir dürfen in unserer eigenen Grube kein Streusalz abbauen. An der Grube, lieber Herr Finanzminister, sind wir mit 25 Prozent beteiligt. Wir hätten abbauen können, zehn Jahre früher, und das ist ein echter materieller

(Abg. Ramelow)

Schaden unserer Kommunen. Da schreien Sie hier rum, das wäre Unsinn, was ich rede!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hören Sie auf, diese Propaganda hier zu machen!

Mein Ansatz war, zu sagen, die Landesregierung möchte bitte prüfen, aber wenn Ihnen die Interessenlagen der Thüringer Bürger so egal sind, dann bitte ich Sie einfach zurückzutreten. Dann machen Sie einfach den Weg frei. Wenn Ihnen das zu viel ist, Herr Voß, dann hören Sie einfach auf. Aber dass Sie zulassen, dass hier ein Vertrag von Ihnen als Unsinn bezeichnet wird, den Sie sich weigern anzunehmen, das ist ein Skandal. Das ist ein Skandal!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie buddeln den Vogel Strauß mitsamt Bernhard Vogel gleich mit ein, damit niemand mehr über Kali und all diese Kali-Machenschaften redet - darum scheint es Ihnen zu gehen. Deswegen sage ich, es ist einfach aberwitzig. Es ist einfach aberwitzig, dass diese Landesregierung nicht mal gewillt ist, die Rechtsgrundlagen zu prüfen, die selbst bei der Strafanzeige zu prüfen sind. Herr Justizminister, man muss doch mal wissen, was soll denn die Staatsanwaltschaft prüfen. Und da heißt es dann wieder, dass der Justizminister von seinem Weisungsrecht Gebrauch macht.

Ich habe mir vorhin so eine Überlegung gemacht, wie ich die Landesregierung dazu bekomme, sich eventuell mit dieser Vertragsakte auseinanderzusetzen. Meine Überlegung war, die Akte hundertmal zu kopieren und in Immelborn - vielleicht erinnert sich der eine oder andere - in ein Aktenlager zu legen

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE)

und dann den Herrn Geibert anzurufen und zu sagen, hundertfach liegt die Geheimakte in Immelborn. Vielleicht kommt dann sofort die Polizei, nicht nur um nach mir zu sehen, sondern um die Akten abzuholen und möglichst alle anderen Akten auch gleich mitzunehmen. Dann hätten wir das Immelborn-Problem auch gleich gelöst. Aber offenkundig scheinen Sie genau die Dinge so aussitzen zu wollen, dass Sie sagen: Wir kennen nichts, wir haben nichts, wir wissen nichts.

Eine letzte Bemerkung: Zum materiellen Schaden von Streusalz habe ich gesprochen. Der lässt sich berechnen. Die Kommunen könnten gegen das Land auch tätig werden und sagen, ihr habt uns im Unklaren gelassen. Die Wettbewerbsklausel hat nie gegolten, sie hat nicht gestimmt. 1994 hat die EU entschieden, dass die Wettbewerbsklausel falsch ist, unzulässig. 1995 hat Kali+Salz interveniert, dass wir Streusalz abbauen wollen. Was hat die

Landesregierung gemacht? Sie hat die Hacken zusammengeknallt und hat gesagt, wir produzieren kein Streusalz. Das ist vorwegeilender Gehorsam, und das in Unkenntnis des Vertrages, über den wir hier reden. Jetzt verstehe ich, warum Sie den Vertrag nicht haben wollen, weil Sie einfach die Realitäten ausblenden wollen. Sie wollen einfach so tun, als hätte es diese Probleme alle nie gegeben. Deswegen ist die Frage, ob wir mit Ihnen gemeinsam einen Realitätscheck machen.

Eine letzte Bemerkung, Kollege Primas, die Frage der Altlastenfreistellung: Sie sind da nun wirklich erstens leidgeprüft und wirklich Fachmann, da vertraue ich auf Ihre Expertise. Die Frage, ob aus dieser Altlastenfreistellung und dem Vertragstext beim Kali+Salz-Verschmelzungsvertrag, dass die Treuhand zuständig sei für die Werraentsalzung, ob das schon das Einstiegsprojekt ist, dass dann die Kali-Leitung von der öffentlichen Hand gebaut wird. Wenn das der Fall ist, dann müssten wir doch wenigstens mal zur Kenntnis nehmen, dass so etwas in diesem Vertrag steht. Wie dann Kali+Salz im Moment argumentiert, dass neben den 2 Mrd. Altlasten, die wir schultern sollen, auf einmal Kali+Salz noch sagt, die öffentliche Hand soll auch noch die Resteverwertung machen, indem sie die Leitung baut, die so heftig umstritten ist. Da kann ich nur sagen, es ist fahrlässig, wenn die Landesregierung nicht bereit ist, mit uns als Parlament gemeinsam diese Fragen zu bearbeiten. Um es klar zu sagen: Es geht nicht um die Veröffentlichung im Internet, es geht nicht um die Veröffentlichung in der Öffentlichkeit, es geht nicht um eine Freigabe gegenüber Dritten, sondern es geht um die Prüfung all der Sachverhalte, die ich angesprochen habe.

Deswegen, Frau Ministerpräsidentin, Ihre Landesregierung hat einen Amtseid geschworen, jeder Einzelne, Schaden vom Land Thüringen und den Bürgern abzuwehren. Ich habe von Schäden hier gesprochen, materiell berechenbare Schäden. Die Streusalzschadenhöhe ist ermittelbar, die Altlastenschadenhöhe ist ermittelbar, die Drohverluste sind ermittelbar und die Pipeline, die im Moment im Raum steht, ist quantifizierbar. Wenn Sie Schaden abwehren wollen, brauchen wir eine Strategie, wie wir, Landtag und Landesregierung gemeinsam, den Bund in seine Verantwortung zwingen, das heißt eine Streitverkündung gegenüber dem Bund beim Prozess Thüringen gegen Kali+Salz oder Kali+Salz gegen Thüringen oder einen direkten Prozess, auch gegenüber dem Bund, um zu sagen, lieber Bund, Ihr habt uns einen Vertrag übergeholfen, zu dem Ihr uns die vertragsnotwendigen Unterlagen nicht gegeben habt. Oder wenn Sie das nicht mal in die Prüfung nehmen, dann habe ich den bösen Verdacht - den will ich aussprechen -, dass 1993 das Land Thüringen doch die Zustimmung gegeben hat, dass der Kali-Verschmelzungsvertrag gegeben wurde und dass man deswegen darüber nicht re-

(Abg. Ramelow)

den will. Diese Frage würde ich gerne wenigstens ausgesprochen haben, denn die muss man ausschließen. Die kann uns nur die Treuhand beantworten. Die kann uns nur die Bundesrepublik beantworten und die kann uns nur Kali+Salz beantworten. Kali+Salz wird sie uns nicht beantworten, denn sie werden ihre Gelddruckmaschine nicht abgeben. Kali+Salz wird sie uns nicht beantworten, denn sie werden mit uns keinen Frieden haben wollen, solange wir ihnen auf den Fingernägeln, auf den Fußnägeln, auf den Fußspitzen und sonst wo herumtreten, wo es ihnen weh tut. Der Bund würde es uns nur beantworten, wenn wir den Bund verklagen und sagen, du, Bund, bist verantwortlich für all die Altlasten, die du uns übergeholfen hast. Wenn man Angst hat davor, dass dann der Bund sagt, wieso, ihr habt dem Vertrag ja zugestimmt, dann macht das alles Sinn. Wenn man die Angst nicht hat, dann verstehe ich nicht, warum wir als Parlament auf dieser Basis jetzt nicht endlich an die Arbeit gehen, die Akte zerlegen, Sie die Sperrvermerke darauf machen, Sie prüfen lassen - Herr Gnauck, Sie müssen gar nicht lachen.

(Zwischenruf Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei: Doch.)

Ich finde das nicht lustig. Ich finde das fahrlässig, was Sie machen. Drei Viertel dieser Akte, die Sie nicht annehmen, Sie nehmen es nicht einmal an, Sie gucken nicht einmal hinein. Drei Viertel dieser Akte sind Landesregierungsunterlagen.

(Zwischenruf Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei: Noch schlimmer.)

Ja, aber es interessiert Sie doch gar nicht. Wenn das Landesregierungsunterlagen sind, dann haben Sie das Parlament 20 Jahre lang belogen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also, eins können Sie nur machen, entweder aufklären oder diese Nummer weiterspielen.

Liebe Frau Ministerpräsidentin, nehmen Sie es mir nicht übel, ich werde Ihnen jetzt diese Akte geben. Die kann Herr Gnauck mir dann hinterhertragen. Aber ich möchte der Landesregierung dringend empfehlen, diese Akte unter den von mir genannten Bedingungen zu überprüfen. Zu überprüfen, ja, liebe Frau Ministerpräsidentin.

(Heiterkeit DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kann ich die Akte haben? Ich brauchte die Akte. Herbringen.

Präsidentin Diezel:

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte doch, wieder zur Ernsthaftigkeit zurückzukommen.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Nein, damit wird deutlich, dass diese Landesregierung mit dem Parlament Schabernack treiben will. Sie machen sich lustig über uns. Sie nehmen nicht ernst, was hier an Argumenten vorgetragen worden ist. Sie gehen nicht einmal in die Unterlagenprüfung. Wenn es stimmt, dass 80 Prozent dieser Akte regierungsamtliche Unterlagen sind, wenn das stimmt, Herr Gnauck, da bleibe ich bei meiner Feststellung. Sie nehmen die Akte nicht an, weil Sie es nicht prüfen wollen, weil Sie es nicht feststellen wollen, sondern weil Sie einfach nur Propaganda nach außen machen und den Schaden des Landes Thüringen weiter aufrechterhalten.

(Beifall DIE LINKE)

Deswegen, Frau Parlamentspräsidentin, kann ich es Ihnen nicht ersparen, dem Parlament eine Akte offiziell zu übergeben mit der Bitte, die Ausschüsse mit diesen Unterlagen in die Lage zu versetzen, ihre Arbeit zu erfüllen. Dafür sind wir vom Volk gewählt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, vielen Dank. Das Wort hat Herr Minister Gnauck von der Landesregierung.

Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier Stellung nehmen zu können. Wir können gern einige Dinge - und offensichtlich, Herr Ramelow, ist es bei Ihnen auch nötig, sie aufzuarbeiten - dann auch noch rechtlich bewerten lassen. Ich habe mir schon, als wir beide am Montag miteinander telefoniert haben, die Frage gestellt, worum es Ihnen geht. Geht es Ihnen wirklich um Aufklärung zum Wohle des Freistaats Thüringen oder geht es Ihnen um Klamauk?

(Zwischenruf Abg. Skibbe, DIE LINKE: Das ist doch wohl die Höhe!)

(Unruhe DIE LINKE)

Die Antwort darauf haben Sie mit dieser Rede eben selbst gegeben, die spricht für sich.

(Beifall CDU)

(Minister Gnauck)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer hat denn hier die Akten zurückgebracht?)

Nun zu den einzelnen Punkten, die Sie angesprochen haben. Man muss offensichtlich, dazu würde ich Ihnen auch anraten, gelegentlich die anwaltliche Beratung in Anspruch nehmen. Denn die anwaltliche Beratung geht über die Dinge, die Sie angesprochen haben, deutlich hinaus. Ich will mal mit den unterschiedlichen Tatbeständen beginnen, die es gibt, und den Thesen, die Sie aufgestellt haben, ich muss leider, weil Sie in Ihrer Rede etwas gesprungen sind, um sie beantworten zu können, auch springen, deswegen ist es in ungewohnter Form für einen Juristen unsortiert, aber ich hoffe, dass ich dann auf alle Punkte eingegangen bin und Sie können gern nachfragen, dann gehe ich auch noch einmal darauf ein.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Nein, danke. Ich habe eine Rechtsschutzversicherung. Ich brauche Sie nicht.)

Doch, doch, dass müssen Sie, Herr Ramelow, wir haben Ihre Rede ertragen müssen, jetzt müssen Sie meine auch ertragen. Zunächst einmal zu Fragen, wer mit wem welche vertraglichen Beziehungen hat und rechtlich daran gebunden ist. Sie haben in das Zentrum Ihrer Ausführungen gestellt, dass es angeblich so sei, dass Dritte davon völlig freigestellt seien und die Landesregierung von diesen Regelungen nicht betroffen wäre, Herr Ramelow. Es ist eine übliche Formulierung in einem Notarvertrag, dass Dritte immer meint - und zwar egal, ob es zwei Parteien, drei Parteien oder 20 Parteien sind - Nicht-Vertragspartner. Also um es noch mal ganz einfach und auch für Sie nachvollziehbar zu formulieren: Dritter im Sinne dieses Vertrags ist auch die Landesregierung, ist sogar jeder einzelne Abgeordnete dieses Hohen Hauses. Ich will eine zweite Anmerkung machen, wenn man sich illegal Unterlagen verschafft oder illegal zugeleitete Unterlagen verwendet, hat der Gesetzgeber etwas dagegen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Das ist per Post gekommen.)

Er hat an unterschiedlichen Stellen des Gesetzbuches etwas dagegen, im Strafgesetzbuch, auch hinten an der Stelle, die Sie vorhin angesprochen haben, das ist der § 353 b StGB, der aus gutem Grunde die Verletzung von Dienstgeheimnissen unter Strafe stellt. Sie haben zutreffend darauf hingewiesen, dass wir am gestrigen Tag eine entsprechende Strafanzeige hier bei der Staatsanwaltschaft in Erfurt gestellt haben. Jetzt muss man sich die Vorschriften natürlich etwas genauer angucken, das ist eine Tat, zutreffend auf die Parallele zu dem Vorwurf gegen Herrn Bundesminister a.D. Friedrich verwiesen, ist es so, Herr der Akte ist immer derjenige, der die entsprechenden Unterlagen herge-

stellt hat. Das heißt auf gut Deutsch, eine Pauschalmächtigung der Landesregierung zur Strafverfolgung gibt es nicht, sondern, Sie können diese drei Seiten, die sind in der Zwischenzeit offensichtlich auch von Ihnen verbreitet worden, das ist diese Zusammenstellung aus dem Papier, der können Sie sehr genau entnehmen, welche Dokumente aus der Landesverwaltung von wem stammen. Soweit Dokumente der Thüringer Staatskanzlei davon betroffen sind, haben wir die Ermächtigung zur Strafverfolgung. Das ist notwendig erteilt. Wir haben uns aber vorher in der Landesregierung darauf verständigt, dass das selbstverständlich auch für die anderen Kollegen gilt, für die entsprechenden Teile, damit dem nachgegangen werden kann. Das ist Voraussetzung dafür, dass die Staatsanwaltschaft überhaupt ermitteln darf und ich will das an der Stelle auch mal deutlich sagen, ich danke der Leitenden Oberstaatsanwältin, die von gestern auf heute reagiert hat hier in Erfurt, die mir den Eingang unserer Strafanzeige bestätigt hat, weitere Auskünfte gebeten hat, wir haben auch ein Aktenzeichen in der Zwischenzeit, also ich will nur sagen, der Vorgang läuft.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist ja ganz toll.)

Der Vorgang läuft und wir wünschen uns, dass da weiter vorgegangen wird. Es gibt aber - das habe ich Ihnen im Rahmen unserer verschiedenen Telefonate schon gesagt - weitere Vorschriften, die außerhalb des Strafgesetzbuchs, das ist dieser leuchtend rote Band, Dinge unter Strafe stellen. Da gibt es, und das hat der Kollege Reinholz in seiner Rede eben auch sehr deutlich angesprochen, den § 17 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb. Der bindet alle Beteiligten, der bindet sogar Sie, Herr Ramelow, der bindet die Landesregierung, der bindet jeden einzelnen Abgeordneten. Egal, was Sie hier vortragen - Sie waren doch in Ihrer gestrigen Pressekonferenz derjenige, der die Einhaltung des Amtseides gefordert, der das heute wiederholt hat -, erwarten Sie ernsthaft von uns, dass wir § 17 -

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Das müssen Sie prüfen.)

wir brauchen das nicht zu prüfen, wir kennen die Antwort schon, Herr Ramelow; da steht drin, dass man sich strafbar macht, wenn man aus fremden Dokumenten, die einem nicht gehören und wenn man Dritter ist, zitiert und damit arbeitet.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Sagen Sie doch mal, wer die ersten drei Seiten ...)

Insofern ist die Situation völlig einfach: Hätten wir von Ihnen oder würden wir von Ihnen Bände entgegennehmen und dann auch noch so ungeschickt

(Minister Gnauck)

sein, mit Ihnen hier in eine öffentliche Diskussion - das ist ja ein öffentliches Bild,

(Unruhe DIE LINKE)

und das sind Landtagsdrucksachen, die kann ja jeder Mensch nachlesen, Gott sei Dank - eintreten, Herr Ramelow, würden wir die Landesregierung in Gefahr bringen und das werden wir nicht tun.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Wissen Sie nicht, wo Sie sind? Sie sind im Parlament.)

Insofern werden Sie von keinem Mitglied der Landesregierung heute eine inhaltliche Debatte über die Artikel 16 und 17 bekommen, wann sie auch immer, wem sie auch immer in der Landesregierung vorgelegen haben. Wenn Sie eine ernsthafte Auseinandersetzung hätten haben wollen - auch darauf habe ich Sie hingewiesen -, hätten Sie die Möglichkeit gehabt, den Antrag auf die heutige Sitzung zurückzuziehen. Wir hätten in geeigneten Gremien -

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Wenn Sie es angenommen hätten. Sie haben sich ja geweigert.)

Sie haben sich geweigert, den Antrag zurückzuziehen - darüber sprechen können.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Sie haben sich geweigert. Schwindeln Sie nicht.)

Aber Sie haben die heutige Veranstaltung dazu nutzen wollen, eine Show-Veranstaltung abzuziehen.

(Unruhe DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Barth?

Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Nein. Ich möchte jetzt erst bis zum Ende ausführen. Im Anschluss gern.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Aber Sie sollen nicht die Unwahrheit sagen.)

Herr Ramelow, wir beide haben telefoniert und Sie wissen ganz genau, dass das so war, und ich sage hier nicht die Unwahrheit.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Nein, Sie haben gesagt, Sie nehmen die Akte nicht an.)

Das ist doch eine völlig andere Geschichte, ob ich die Akte annehme.

(Unruhe DIE LINKE)

Ich habe Ihnen gesagt, ziehen Sie den Antrag zurück auf die Durchführung der heutigen Sitzung und

dann wären wir in die Lage versetzt gewesen, zu diskutieren.

(Unruhe DIE LINKE)

Zweiter Punkt, den ich ansprechen möchte:

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Wir sind gewählte Volksvertreter.)

In den unterschiedlichen Dokumenten, die Sie angesprochen haben, ist doch nur derjenige verfügbare, der sie hergestellt hat. Sie haben doch Bezüge zu Vorgängen, die teilweise 20 Jahre her sind, hergestellt. Glauben Sie allen Ernstes, dass diese Landesregierung ohne Not zu Dokumenten, über die sie nicht verfügbare ist, noch einmal einen weiteren Sperrvermerk abgeben wird? Sie waren doch derjenige, der der Landesregierung, der ich einmal angehört habe, eine völlig unberechtigte, unverdiente Pilz-Debatte an die Backe gebunden haben,

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil wir einen Sperrvermerk abgegeben haben. Ich kann nur sagen, sich dann heute hier hinzustellen und uns aufzufordern,

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Der Mann hat kein Unrechtsbewusstsein.)

eine Sperrerklärung über fremde Dokumente abzugeben, Herr Abgeordneter, das ist schlicht und ergreifend scheinheilig. Das will ich in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Wer das Gericht belogen hat damals, war Bernhard Vogel.)

Niemand, Herr Ramelow, hat das Gericht belogen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Doch.)

Zeigen Sie Dokumente, wo das der Fall war! Sie haben selber Dokumente eingestellt, die Sie sicherlich in Kenntnis des § 17 UWG heute nicht mehr einstellen würden.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Weil Sie damals in der Öffentlichkeit die Unwahrheit gesagt haben.)

Vor diesem Hintergrund ist klar, kann und darf die Staatskanzlei und kann und darf diese Landesregierung Ihren Aktenband, so demonstrativ Sie ihn hier auch durch die Gegend tragen mögen, nicht entgegennehmen. Sie haben doch alle Möglichkeiten, wenn Sie Schriftverkehr geführt haben und noch führen wollen mit Kali+Salz, im Lichte dessen dafür zu sorgen, dass Kali+Salz deren Sperrvermerk aufhebt. Die Rechtsauffassung, die von Ihnen vertreten worden ist, nach dem Motto, das Zeug ist

(Minister Gnauck)

ja eh jetzt in der Welt, dann kann es gar kein Geheimnis mehr sein, die ist geradezu abenteuerlich. Wenn das richtig wäre, müsste nur jeder ein fremdes Dokument nehmen, es in rechtswidriger Weise verteilen und sagen, damit ist der Geheimschutzcharakter weggefallen. Also ich bitte Sie! Ich gehe einmal davon aus, das würde Ihnen noch nicht einmal einer Ihrer Fraktionsreferenten aufschreiben.

(Beifall CDU)

Das wäre zweites Semester Jura.

Den Vorwurf einer arglistigen Täuschung, von wem auch immer, weise ich namens der Landesregierung in aller Form zurück.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Also zahlen wir lieber an Kali+Salz, Monat für Monat.)

Nein, Herr Ramelow. Was ich Ihnen vorwerfe, was ich Ihnen konkret vorwerfe: Sie haben heute zu allem gesprochen, aber nicht zu Ihrem Antrag. Lesen Sie Ihren eigenen Antrag. Sie haben nicht einen Punkt der Kritik geäußert an den Ausführungen des Kollegen Reinholz, nicht einen Punkt der Kritik. Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie konkret sagen, wo wir vermeintlich angebliche Unwahrheiten gesagt hätten oder nicht.

(Unruhe DIE LINKE)

Da ist von Ihnen schlicht nichts gekommen, stattdessen haben Sie ein völlig neues Thema, was gar nicht Gegenstand des Antrags ist, ausgemacht, nämlich den Generalvertrag. Deswegen sage ich noch einmal: Ihnen ist an einer wirklichen Aufklärung gar nicht gelegen. Es ist politischer Klamauk, der hier durchgeführt werden soll.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Aber ich kenne die Unterlagen. Sie liegen vor.)

(Beifall CDU)

Im Übrigen lade ich Sie herzlich ein, in den geeigneten Gremien - und die gibt es im Landtag, man kann auch Vertraulichkeiten herstellen -, also entschuldigen Sie, wir haben eine PKK, wir haben eine G 10

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Wo denn? In der PKK?)

und wir können auch - hören Sie doch einfach mal zu, sie haben doch die Nachhilfe bitter nötig.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Sie haben die Nachhilfe bitter nötig.

(Zwischenruf Abg. Hausold, DIE LINKE: Ist da der Geheimdienst beteiligt, Herr Minister?)

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

Man kann in Ausschuss-Sitzungen, in - nein, peinlich sind Ihre Ausführungen - vertraulicher Sitzung über die Dinge sprechen.

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, DIE LINKE: Nein, Sie sind peinlich!)

Das ist ein eingeübtes Verfahren. Wenn Sie Bedenken haben,

(Unruhe DIE LINKE)

- ja, ich weiß, dass Sie sich nicht daran halten, Sie verteilen ja auch die Unterlagen, die Ihnen dann unberechtigt von Dritten zugeleitet werden. Dass Sie Probleme haben, das alles einzuhalten, wissen wir in aller Form. Ich lade Sie herzlich ein und wir sind auch gerne dazu bereit, über den entsprechenden Vertrag, nicht über diesen Kali-Fusionsvertrag, in den geeigneten Gremien dieses Hohen Hauses

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Bringen Sie den Verfassungsschutz mit.)

dann zu sprechen. Da können Sie alle Bedenken vorbringen. Ich sage Ihnen noch einmal: So, wie Sie die Debatte geführt haben, ist das nicht in Ordnung. Das gilt auch für Ihre etwas flapsigen Bemerkungen gegenüber dem alten Ministerpräsidenten. Das will ich auch in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall CDU)

Es ist unmöglich und auch unsäglich, Herr Abgeordneter, wenn Sie davon sprechen, dass der Abgeordnete Vogel in irgendeiner Form etwas verbuddelt hat.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Wer hat sich denn in aller Form um den Freistaat Thüringen verdient gemacht? Wer hat denn dafür gesorgt,

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Reden Sie doch lieber zur Sache, Herr Gnauck.)

dass eine Vielzahl von Investitionen auf den Weg gebracht worden ist? Sie wissen es doch besser. Das ist das, was mich stört. Hier ist nur eine Inszenierung, ein Show-Akt aufgeführt worden. Das sieht man an der ganzen Art und Weise, da können Sie sich noch so ereifern, wie Sie wollen. Das ist schlicht unerträglich.

(Unruhe DIE LINKE)

Rücktritt der Regierung, Herr Ramelow, ich dachte, die Antwort meiner Staatssekretärin Neubert, die die Rolle von nicht vorhandenen grauen Mäusen in der Staatskanzlei anbetrifft, hätte das alles im Rahmen der Debatte schon geklärt. Sie haben in Ihrer Pressekonferenz gestern sehr deutlich gesagt, dass Sie „noch“ nicht in der Staatskanzlei sind. Ich

(Minister Gnauck)

hoffe, der Wähler mag uns davor bewahren, dass das eines Tages droht.

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Das lassen Sie doch lieber den Wähler entscheiden.)

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Die Frage des Abgeordneten Barth, bitte.

Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Am Ende.

Abgeordneter Barth, FDP:

Ist es eben eine Abschlussfrage. Danke, Frau Präsidentin. Herr Minister, nachdem Kollege Reinholz uns vorhin die Vorgänge ab dem 23. Juli sehr ausführlich dargestellt hat, wer wem welchen Umschlag wann zugeschickt hat, warum nicht, mit welchen Vermerken, und Sie uns jetzt darüber in Kenntnis gesetzt haben, dass Sie jetzt Strafanzeige gestellt haben wegen der Zuleitung an sich. Da man ja bei so einer Anzeige normalerweise auch ein bisschen mitwirkt, würde es mich mal interessieren, ob Sie dem Staatsanwalt, von dem ich übrigens aus eigenen Erfahrungen - na ja gut, das lassen wir -

(Zwischenruf Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei: Das macht nichts.)

ob Sie dem Staatsanwalt einen Hinweis gegeben haben, wie denn die Dokumente am 23. oder vielleicht auch am 22.07. überhaupt in den Besitz der Landesregierung gelangt sind und, wenn Sie es dem Staatsanwalt nicht gesagt haben, ob Sie es uns vielleicht in dieser Frage erhellen könnten?

Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Ja, ich will die Frage gerne beantworten, Herr Abgeordneter Barth, also erstens, das hat der Abgeordnete Ramelow beklagt, der Landesregierung sind die Dinge nicht zugegangen und wir haben sie auch nicht angenommen. Das ist Teil des Ärgernisses.

(Unruhe DIE LINKE)

Richtig ist aber, dass der Abgeordnete Ramelow mir das Deckblatt - das Deckblatt sind die drei Seiten, die praktisch gesammelt obenauf liegen - hat zukommen lassen. Anhand dieses Inhaltsverzeichnisses kann man nachvollziehen, welche Unterlagen Teil dieser Unterlagen sind. Auf der Grundlage habe ich erkennen können, dass es auch Unterla-

gen der Thüringer Staatskanzlei sind, die in diesem Dokument enthalten sind. Im Übrigen - und ich kann Ihnen gern eine Kopie meiner Strafanzeige zukommen lassen, wenn Sie sich dafür interessieren - ist es so, dass auf die Presseberichterstattung im Anzeigentext Bezug genommen worden ist: Herr oder Frau Dossier aus der Archivstraße in Hannover. Da ich weiß, dass selbst Staatsanwälte Zeitung lesen, haben wir das dann noch mal reingeschrieben, obwohl das sicherlich auch dort schon bekannt war.

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Sie möchten noch eine Nachfrage stellen?

Abgeordneter Barth, FDP:

Wenn ich darf, Frau Präsidentin, gern,

Präsidentin Diezel:

Bitte.

Abgeordneter Barth, FDP:

weil es mir nicht um die Unterlagen geht, die die Fraktionen zur Verfügung gestellt bekommen haben, von wem auch immer, sondern mir geht es um die Unterlagen, die offenkundig spätestens seit dem 23.07. letzten Jahres bei der Landesregierung vorhanden gewesen sind. Jedenfalls habe ich das aus Zeitungsveröffentlichungen so entnommen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Frage bezog sich darauf. Wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe - falls wir nicht aneinander vorbeigeredet haben, dann können Sie es richtigstellen -, heißt das, dass die Zeitungsmeldungen - und dann hätte Ihr Kollege Reinholz eben auch Unsinn erzählt -, dass die Unterlagen bei der Landesregierung, also dass Unterlagen - nicht diejenigen, die die Fraktionen haben, sondern da war vom Kalivertrag die Rede und möglicherweise auch anderen Unterlagen, die meine ich. Da er die kurze Zwischenfrage nicht verstanden hat, hole ich eben ein bisschen weiter aus. Wir wollen nicht aneinander vorbeireden, das meine ich jetzt gar nicht böse. Ich will nur nicht, dass wir aneinander vorbeireden. Ich meine die Unterlagen, von denen Herr Reinholz vorhin hier gesprochen hat und von denen auch in der Zeitung zu lesen war, auf welchem Weg diese Unterlagen in den Besitz der Regierung oder zumindest eines Mitglieds der Regierung gekommen sind, das wollte ich gern wissen.

Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Herr Abgeordneter, man kann die Fragen nur so verstehen, wie sie gestellt worden sind. Sie haben nach der Strafanzeige gefragt.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Nein.)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Ich habe die Ausführungen von Herrn Reinholz ausdrücklich erwähnt.)

Ich würde ja antworten, wenn Sie mich lassen würden. Im Übrigen ist es so, dass der Kollege Reinholz davor dezidierte Ausführungen gemacht hat, welche Unterlagen wann wo entstanden sind und wo sie sich befinden. Ich will das auch gerne noch einmal wiederholen, wenn Sie es nicht mitbekommen haben. Es gibt zwei Exemplare, die verschlossen beim Kollegen Höhn im Tresor liegen und es gibt ein bearbeitetes Arbeitsexemplar im Thüringer Justizministerium. So, das war es.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Wo die herkommen, wollte ich wissen.)

Entschuldigung. Wo die herkommen - das sind die Unterlagen, die da vorgelegen haben, und ich habe gestern auch schon gesagt

(Heiterkeit DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in dem Bereich, ich werde mich doch jetzt nicht in Spekulationen ergehen, wo die Unterlagen herkommen.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich doch einfach ausreden, Sie können doch danach sprechen.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann sagen Sie doch mal etwas Substanzielles.)

Frau Siegesmund, wenn Sie mich aussprechen lassen, können Sie danach sprechen, dann ist es einfacher beim Reden. Noch einmal: Beide Kollegen, sowohl der Kollege im Umweltministerium als auch der Kollege im Wirtschaftsministerium, haben die Frage gestellt bekommen, ob diese Sammelunterlage mit den knapp 300 Seiten, Herr Ramelow, aus ihren Häusern stammt. Beide Kollegen haben das geprüft und beide Kollegen haben das verneint. Vor dem Hintergrund habe ich überhaupt keine Veranlassung, dann weiter nachzugehen, denn die Kollegen haben den gleichen Amtseid wie ich auch geleistet. Das ist vielleicht der Unterschied, Herr Ramelow, wir nehmen ihn ernst.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Das ist unverschämt.)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Wie prüfen Sie das denn? Wie wollen Sie denn prüfen? Sind Sie Hellseher? Können Sie über Wasser laufen?)

(Unruhe DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir fahren fort in der Debatte. Das Wort hat Abgeordneter Egon Primas.

Abgeordneter Primas, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Bodo Ramelow, wenn ich Dich nicht kennen würde, hätte ich zwischenzeitlich Angst gehabt, Du fällst hier am Pult um.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Bei 2 Mrd. falle ich auch um.)

Aber da wir wissen, wie das geht und wie das alles laufen soll, habe ich mich wieder beruhigt und die Sorge sein lassen.

Meine Damen und Herren, am Anfang vielleicht gleich ein paar wichtige Aussagen. Wir wollen den Originalfusionsvertrag haben, so, wie es alle Fraktionen am 16. Dezember 2011 hier beschlossen haben.

(Beifall CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen den Originalvertrag haben. Bei den kurzierenden, jetzt gerade im Umlauf befindlichen Unterlagen sind Herkunft, Wahrheitsgehalt, Glaubwürdigkeit, Vollständigkeit völlig ungeklärt. Deswegen - auf die Nachfrage von Herrn Barth vielleicht noch: Er hat recht, es ist schon interessant, Herr Reinholz hat es vorhin ausgeführt, das wurde von Staatssekretär Staschewski dorthin geschickt und dorthin geschickt. Die Frage ist schon interessant und zu klären: Wie sind sie denn da hingekommen zum Staatssekretär Staschewski?

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das haben wir doch öffentlich gemacht.)

Ja, ist okay - anonym. Bei dieser Geschichte wäre es schon interessant, noch einmal nachzuhaken und nachzufragen. Das besorgt mich schon sehr, meine Damen und Herren. Aber eines ist auch sicher: Wir sollten uns nicht zum Spielball von anonymen Zuträgern machen!

(Beifall CDU)

Wir wollen Klarheit darüber, ob in dem privatrechtlichen Vertrag von 1993 - und ein solcher ist der Kali-Fusionsvertrag und der Freistaat war an ihm eben nicht beteiligt - die Interessen Thüringens noch weiter gehender verletzt wurden, als wir das schon

(Abg. Primas)

wissen. Ich meine da zunächst nur die Zerschlagung der ostdeutschen Kali-Industrie. Dass sich hier die Fratze des Kapitalismus gezeigt hat, will ich nur noch mal erwähnen, das hat Bernhard Vogel damals als Zitat gebracht und da hat er völlig recht.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Da hat er mal recht gehabt.)

Das hat er 1993 so formuliert, ich will das nur noch einmal in Erinnerung rufen. Die Fragen, die in der aktuellen Debatte aufgeworfen werden, sind nichts anderes als Getöse, Herr Ramelow, als Selbstdarstellung auf der Suche nach Fehlern von politisch Verantwortlichen in der aktuellen Landesregierung oder in jener, die 1999 den sogenannten Generalvertrag zur Sanierung der ökologischen Altlasten beschlossen hat.

Zur Klarstellung noch einmal: Der Generalvertrag von 1999 ist etwas völlig anderes als der Rahmenvertrag - auch Kali-Fusionsvertrag genannt - von 1993. Das dürfen wir wirklich nicht vergessen, auch nicht in Hintergrundgesprächen und Pressekonferenzen. Das verwirrt viele und da müssen wir aufpassen, dass wir das auseinanderhalten. Der Fusionsvertrag ist ein privatrechtlicher Vertrag zwischen Kali-Unternehmen und der Treuhand. Das andere, der Generalvertrag, regelt die Finanzierung der ökologischen Altlasten im Verhältnis zwischen Bund und Land. Es geht um Verpflichtungen, die sich Bund und Land bis dahin geteilt haben und die zur zügigen Abarbeitung der ökologischen Altlasten künftig - ohne Bremserei des Bundes haben wir damals gesagt - vom Freistaat verantwortet und auch finanziert werden sollten. Da haben die politischen Verantwortlichen in der Tat - so haben wir es damals wirklich gesehen - verantwortlich gehandelt.

Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen, wie der Kali-Fusionsvertrag bereits 1993 eingeschätzt wurde und wir deshalb aufpassen müssen, dass wir hier nicht so viel Unsinn erzählen. Frau Präsidentin, ich darf mit Ihrer Erlaubnis das Protokoll der Landtagssitzung vom 14. Juli 1993 zitieren, nämlich den Ministerpräsidenten Vogel: „... am Anfang stand die Entscheidung, es bedarf der Fusion. Der haben wir zugestimmt. Und dann kann der Fusionsvertrag, der eine einseitige Belastung für uns war und den haben wir von Anfang an abgelehnt und gegen den haben wir überall gestimmt. Das ist eine ganz klare Sachlage.“ Ende des Zitats.

(Beifall CDU)

Das ist bis heute so und dem ist auch nichts hinzuzufügen. Deshalb setzen wir, meine Damen und Herren, auf Fakten, klare Fakten, nicht Spekulationen, nicht Unterstellungen. Mit Halbwissen von anonymen Zuträgern machen wir keine vernünftige Politik. Das ist einfach abzulehnen, weil sie nur wieder Angst schüren und Ärger bringen. Der Freistaat Thüringen und die BvS haben im Jahr 1999 den

Generalvertrag geschlossen. Die vom Bund gezahlten Beträge sind in das Sondervermögen ökologische Altlasten eingeflossen. Auch die Länder - das ist das Entscheidende jetzt - Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen haben ähnliche Generalverträge abgeschlossen. Die sind genauso drin. Wenn wir jetzt sagen, Thüringen ist nur wegen dieses Vertrags von 1992 Teilnehmer des Fusionsvertrags, dann wäre das auch Mecklenburg-Vorpommern, dann wäre das auch Brandenburg, dann wäre das auch Sachsen. Das kann doch nicht sein. Wir sind aus unserer Sicht nicht beteiligt an diesem Fusionsvertrag.

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE: Aber Ihr habt ihn angenommen.)

Spätestens 2010 war aber klar - da gibt es keine Frage, Bodo Ramelow -, dass die Maßnahmen teurer werden und dass es länger dauert. Deshalb haben wir 2010 das erste Änderungsgesetz gemacht, ökologische Altlasten, um sicherzustellen, dass die bestehenden Verpflichtungen in der Zukunft finanziert werden können. Wir wollten aber auch, dass die Landesregierung uns spätestens 2013 einen neuen Gesetzentwurf vorlegt, erinnert Euch an die Diskussion hier, wo wir abschätzen können, was wird es denn ungefähr kosten? Da kommen schon so Zahlen zusammen, die sind da, dass gesagt wird, es ist schockierend, das könnte bis 2 Mrd. € kosten usw. Das muss einem schon umtreiben, das ist überhaupt keine Frage. Das ist wirklich schockierend. Aber in dem Zusammenhang muss ich auch mal sagen, das sind ökologische Altlasten. Kali+Salz erfüllt da unten. Die kriegen das bezahlt, was sie abarbeiten. Das ist keine Druckmaschine für Geld, sondern die kriegen das bezahlt, was sie für uns machen, Beseitigung der ökologischen Altlasten. Das muss man immer mal wieder klarstellen, dass das jetzt nicht irgendwas ist, wo sie jetzt irgendwo Geld geschenkt kriegen. Das haben wir lange diskutiert und das will ich auch noch einmal sagen, darauf komme ich nachher noch einmal zurück, aber das Sondervermögen, denke ich, wir sind ja - hier haben wir diskutiert, wir wollen den Fusionsvertrag sehen, wir wollen das Original sehen, ob wir daraus Honig ziehen können, damit diese Finanzierung, die abgelaufen ist, beim Bund weiterlaufen kann. Das ist Sinn und Zweck, deshalb haben wir das 2011 auch gemeinsam beschlossen. Wir haben es bis jetzt nicht bekommen. Es muss unser Ziel sein, den Vertrag heranzuholen. Umsonst ist es doch nicht so, dass wir das Ministerium aufgefordert haben, zu klagen. Herr Reinholz hat die Zahlungen an Kali+Salz eingestellt. Kali+Salz hat dagegen geklagt. Wir haben diskutiert, sind wieder in die Zahlungen eingestiegen, damit nicht so viel aufwächst, damit es dann am Ende nicht so teuer wird, wenn ein Urteilsspruch kommt, aber wir sind in Verhandlungen. Wir sind im Gerichtsverfahren, um zu erzwingen, dass der Bund sich daran

(Abg. Primas)

beteiligt, weil wir nicht allein dastehen wollen. Das macht jetzt die Landesregierung. Was wollen wir denn sonst tun, als diese rechtlichen Fragen zu klären? Ich denke, da haben wir uns wahrhaftig nichts vorzuwerfen. Sie wissen auch, immer wieder, wenn wir es verlangt haben als Parlament oder als Regierung, Herr Reinholz hat es auch noch einmal gesagt, sind wir sowohl bei Kali+Salz - da haben Sie, glaube ich, auch noch einmal einen Brief gekriegt, dass sie es nicht zur Verfügung stellen oder so - oder auch beim Bund abgeblitzt. Bis jetzt geben sie es uns nicht. Das ist Fakt, der Zustand, meine Damen und Herren.

Noch einmal zum Kali-Fusionsvertrag: Ich mache mir schon Sorgen, dass das, was da diskutiert wird mit Entsorgung der Abwässer usw., das ist eine schwierige Situation. Also wenn das da so stimmt, haben das Unternehmen und der Bund Probleme. Aber das können wir jetzt so einfach nicht ... Ich kann es nicht ... Ich weiß nicht, ob es wirklich so ist. Wir müssen mal sehen. Vorige Woche Sonnabend waren wir oben bei einer Ausstellungseröffnung zusammen, Herr Ramelow, da sind wir auch gefragt worden, was wir von dieser Veröffentlichung der TA halten. Herr Ramelow und ich haben da ausgeführt, dass wir nicht sicher sind, ob das die Originalunterlagen sind, und dass man das erst einmal prüfen müsste, was das überhaupt ist. Er war auch so schlau und hat es nicht selbst veröffentlicht. Das muss ich jetzt mal sagen. Kompliment. Er hat es jetzt der Landesregierung gegeben, mach du es doch, mach dich strafbar. Also das ist schon clever gemacht.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Nein, nein, nein, zum Prüfen habe ich es gegeben.)

Er selber hat es nichts ins Netz gestellt, sondern die TLZ hat es gemacht, heute Morgen. Ob denen das gut bekommt, das weiß ich hier nicht, das ist deren Problem. Aber er selber weiß schon, was er tut, er hat es nicht ins Netz gestellt, das sollen andere machen. Aber das hilft uns nicht in der Diskussion. Das hilft uns nicht.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Nein, prüfen soll die Landesregierung. Dafür ist es die Landesregierung.)

Meine Damen und Herren, ich habe damals 1993 im Juli hier im Landtag zu der Thematik gesagt, dass selbst die Mitglieder des Treuhandausschusses des Bundestages seinerzeit dem Fusionskonzept zugestimmt haben. Das haben die ohne Kenntnis des Fusionsvertrags getan. Das war damals schon ein Skandal. Ich fand es auch nicht besonders hilfreich, dass die Gewerkschaft damals zugestimmt hat, das sage ich auch mal so deutlich. Das ist eine ganz schwierige Kiste.

Aber, meine Damen und Herren, ich habe auch damals den Schucht, der für den Vertrag zuständig war, angezeigt. Jetzt hat die Zeitung herausgefunden, dass tatsächlich die Polizei, die Kripo den Vertrag gesichtet hat, aber nur unter der Bedingung, dass sie ihn mir niemals zeigen. Total irre, wenn man sich das vorstellt, was da abgegangen ist. Aus der Erkenntnis dessen, lieber Bodo Ramelow, weiß ich aber auch - und da komme ich zum Schluss -, wir bekommen mit der Diskussion heute hier die Arbeitsplätze in Bischofferode nicht mehr wieder. Der Schacht ist abgesoffen, das ist erledigt. So leid, wie uns das tut, das war überhaupt nicht nötig, ich sage das noch einmal.

(Beifall CDU, DIE LINKE, FDP, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Das war ein völlig anderer Markt, es war nur ein Opfer, weil man es durchsetzen wollte. Ich bin immer noch böse, wenn ich nur daran denke. Was Herr Peine damals mitgemacht hat, das war dramatisch, im Anschluss, als sie ihn mehr oder weniger fast in den Ruin getrieben haben. Eine Sauerei höchsten Grades. Ich will überhaupt nicht darüber reden, ich habe damals mit Peine lange genug darüber diskutiert und ich war auch dabei, als wir ihn vorgestellt haben damals mit dem Landrat aus Worbis zusammen. Wir waren uns sicher, hier können wir etwas tun, weil wir niemandem wehtun. Es hätte niemandem wehgetan.

Auch der ausgehandelte Sozialplan, den Bodo Ramelow als Berater vor Ort mit Herrn Jüttemann und Herrn Trautvetter hier in Erfurt und der Bundesanstalt in Nürnberg ausgehandelt hatte, war nicht schlecht. Der hätte auch viele, viele Jahre noch Arbeit für alle Leute dort gebracht. Der ist dann nicht angenommen worden, ich bedauere das zutiefst. Das war eine Ausweichlösung damals, die wir hätten finden können.

Aber noch mal: Die Arbeitsplätze dort sind weg und jetzt müssen wir aufpassen, lieber Bodo Ramelow, dass wir nicht die restlichen Arbeitsplätze in der Kali-Industrie auch noch opfern. Wir müssen verantwortungsvoll mit dieser Materie umgehen. Wir haben viele Leute, die dort noch arbeiten.

(Beifall CDU)

Ich bitte herzlich, nicht den kurzen öffentlichen Profit in den Vordergrund zu stellen,

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright,
DIE LINKE: Das haben Sie damals auch gedacht.)

sondern hier geht es um viele Tausend Arbeitsplätze. Darum bitte ich herzlich in der Debatte, das zu berücksichtigen. Ich würde Sie herzlich bitten, die Anträge, die gestellt worden sind, auch den Entschließungsantrag, in die Ausschüsse, den Ausschuss für Landwirtschaft zu überweisen, dass wir

(Abg. Primas)

dort weiterdiskutieren können. Dort würden wir der Sache Genüge tun und vernünftig, sachlich diskutieren. Wir müssen einfach die Polemik herauslassen und sehen, dass wir was hinbekommen im Sinne unseres Freistaats. Dafür bitte ich Sie herzlich, sich zu engagieren und dann kommen wir ein Stück weiter. Hier die öffentliche Debatte hilft uns am Ende nicht. Danke sehr.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Abgeordnete Siegmund das Wort. Bitte schön.

Abgeordnete Siegmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mal gelernt, Politik ist Freiheit. Aber nachdem ich heute Herrn Gnauck zugehört habe, hatte ich den Eindruck, in Thüringen muss es vor allen Dingen heißen: Politik ist die Arroganz der Macht. Der konnte man heute gut zuschauen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Spiel mit der Arroganz der Macht im Zusammenhang mit der Frage des Geheimvertrags fand ich ein Stück weit unerträglich. Sie sprachen von Klamauk. Da frage ich Sie: Was, wenn nicht mindestens 20 Mio. € jedes Jahr im Landeshaushalt, ist denn kein Klamauk?

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Frage, welche haushalterische Verantwortung dieses Land heute noch trägt, in diesem Zusammenhang als Klamauk zu bezeichnen, finde ich schon denkwürdig, das muss ich Ihnen so offen sagen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich die Geschichte ansieht und weiß - der Bericht aus der Poststelle durch Herrn Minister Reinholz war ja sehr eindrücklich -, dass mindestens vier Ministerien alles in allem etwas wissen, zu dem sie sich aber nicht öffentlich bekennen wollen, dass sie es wissen, dann frage ich mich ernsthaft, wie Sie hier vermitteln wollen, dass in diesem Landtag gut gearbeitet werden kann. Denn ich glaube, das ist den Menschen nicht vermittelbar, welche Debatte Sie hier führen, insbesondere wenn Sie den Satz sagen, Herr Gnauck: Wir prüfen nicht, wir kennen die Antwort schon.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also das Politikverständnis, das finde ich bemerkenswert, das finde ich wirklich bemerkenswert und dieser Satz ist hochinteressant.

Die Ereignisse und Nachrichten der letzten Tage, meine sehr geehrten Damen und Herren, die werfen berechtigt viele Fragen auf. Ich bin deswegen der Linken durchaus dankbar, dass sie diese Sondersitzung beantragt hat. Die Frage, die ich mir auch gestellt habe, die wir uns in der Fraktion gestellt haben, ist, warum jetzt, warum zu diesem Zeitpunkt, warum diese Form. Weil in der Tat, ich nehme den Schluss gleich voraus, das Ganze weiterdiskutiert werden muss, und zwar in den dafür zuständigen Ausschüssen. Aber nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass wir uns damit auseinandersetzen, nicht zuletzt deshalb, weil es darum geht, diesem Aktenkarussell, von dem wir heute in Kenntnis gesetzt worden sind, wieder den Anstrich zu verleihen, den Politik in ihrer Ernsthaftigkeit doch in sich tragen sollte. Sie mehrten mit der Auseinandersetzung, die wir hier geführt haben, übrigens auch den Verdacht, dass die Öffentlichkeit viele Jahre hinter die Fichte geführt wurde, und das ist etwas, was mich zutiefst ärgert,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn es geht, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur in dieser Legislatur, sondern auch über die vergangenen Jahre darum, wie die Reorganisation der Mitteldeutschen Kali AG am Ende nicht nur vonstattengegangen ist, sondern was sie dieses Land auch kostet. Wenn dann im Schatten der Nacht Aktenordner in Fraktionen auftauchen und wir uns fragen, wie wir eigentlich damit umzugehen haben, wissend, dass es auch darum geht, Schäden zulasten Dritter auszuschließen und darüber zu diskutieren, welche Schäden im Zweifel bereits entstanden sind, dann ist das hier diskussionswürdig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich will vor allen Dingen klarmachen und deutlich machen und auch in den Mittelpunkt stellen - und das stand heute auch schon mehrfach in Rede, dass die Frage der ökologischen Altlasten, das Erbe der DDR, mitnichten gelöst ist. An vielen Stellen haben wir darüber diskutiert, die Große Anfrage Wismut, die unsere Fraktion gestellt hat, auch an anderen Stellen, Rositz und eben auch das Kali-Erbe, sind etwas, was immer wieder hier in diesem Parlament besprochen wird. Uns Grünen geht es darum aufzuarbeiten, ehrlich aufzuarbeiten und Fehler der Vergangenheit klar zu benennen, und diese Geheimhaltungstaktik, die ich dann hier wahrnehme, finde ich in dieser Hinsicht wenig hilfreich. Dann entstehen möglicherweise das Bild auch von vormaligen Regierungsmitgliedern - sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, ich spreche auch Sie an, weil Sie mal Ministerin für Bundesangelegenheiten

(Abg. Siegesmund)

waren - und die Frage, wer wann Verantwortung getragen hat. Ich stelle schon sehr klar die Frage, warum nicht die Ministerpräsidentin, wenn sie ihren Minister für Landwirtschaft Poststelle spielen lässt, anschließend den Minister, der für Bundes- und Europaangelegenheiten zuständig ist, hier einmal virtuell Poststelle spielen lässt, nicht auch mal hier ans Pult gehen kann und sagen kann,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wir haben im Juli 2013 erkannt, hier ist ein Problem und dieses Kabinett in Thüringen hat Verantwortung getragen und hat das thematisiert. Das habe ich von Ihnen vermisst. Was Sie stattdessen machen, Herr Gnauck, ist hier hinzugehen und uns zu sagen, es ist alles gut. Das Gleiche macht Herr Reinholz. Diese Politik des „Es ist alles gut“, das regt einen unheimlich auf,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil diese Frage, und die stellt Herr Ramelow zu Recht, ist der Vertrag zulasten Dritter, nämlich zulasten des Landes Thüringen, eine Blackbox ist, etwas, was wir gar nicht beziffern können. Wir haben irgendwann bei 300 Mio. angefangen, jetzt sind wir schon bei 2 Mrd., demnächst, wer spielt mehr, sind es 2,5 - wo kommen wir denn da hin? Das kann doch nicht die Art und Weise sein, wie dieses Land Politik macht und deswegen sage ich, eine ehrliche Auseinandersetzung und eine Überprüfung aller Verpflichtungen, die Thüringen in diesem Zusammenhang eingegangen ist, die tut not. Da bin ich Herrn Primas übrigens für seine ausgewogenen Worte dankbar, weil ich bei ihm auch gehört habe, dass dieses Interesse besteht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Kali-Fusionsvertrag wurde eine Geschichte geschrieben, an deren Anfang die Schließung mehrerer Gruben und Produktionsstätten steht. Fest steht aber auch, dass dieser Vertrag nicht nur das Schicksal vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besiegelt hat, sondern dass damit auch weitreichende Entscheidungen über die Entwicklung des Landes getroffen wurden. Das wissen wir übrigens nicht erst seit letzter Woche, das wissen wir deutlich länger. Denn '99 schloss das Land einen weiter reichenden Vertrag auf Grundlage des besagten Geheimvertrags aus '93. Daraus kann man wohl auch zitieren. In § 6 des Generalvertrags steht, Zitat: „Vertragsgegenstand ist (...) auch die Verpflichtung der BvS gegenüber der Kali und Salz GmbH (...) aufgrund der“ heute schon in Rede stehenden Artikel „16 und 17.4 des Rahmenvertrages (...)“. Genau das steht darin. Das ist die Verantwortung des Landes und damit auch die Verantwortung dieses Landtags. Da muss die Frage wohl zugelassen werden und auch wirklich objektiv ernsthaft beantwortet werden von einer Regierung, die sich dieser

Verantwortung stellt, was das am Ende eigentlich heißt, was das am Ende heißt und inwieweit die Anwendung dieses Paragraphen das Land tangiert und tangieren wird, vor allen Dingen auch in finanzieller Form. Wenn sich nämlich herausstellen würde, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Landesregierungen den Inhalt des Kali-Fusionsvertrags kannten, dann hätten sie über 20 Jahre lang das Parlament belogen. Belogen, und das ist das, was ich vorhin sehr klar meinte: Das Verständnis von Politik ist Freiheit versus das Verständnis von Politik ist das Spiel mit der Arroganz der Macht. Ich glaube, dass Sie da noch einmal sehr genau überlegen müssen, inwieweit Sie wem und wann und in welchen Gremien in diesem Landtag Auskunft geben. Ich glaube, dass ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich will sehr stark hoffen, dass Sie sich den Vertragsinhalt sehr genau angesehen haben. Ich sage ganz klar, Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Selbst, wenn wir das gewollt hätten, es war gar nicht möglich, sich in dieser kurzen Zeit den gesamten Ordner anzuschauen. Aber was klar ist, ist, wie viel Verantwortung zwischen diesen zwei Aktendeckeln liegt. Meine Fraktion will die auch annehmen, weil es darum geht, Schaden vom Land abzuwenden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht darum, Schaden vom Land abzuwenden und dazu haben wir uns verpflichtet. Bodo Ramelow sprach vorhin von der Lizenz zum Gelddrucken im Zweifel für K+S. In der Tat stellt sich die Frage, inwieweit diese Lizenz zum Gelddrucken für K+S tatsächlich mit diesem Vertrag besiegelt wurde, meine sehr geehrten Damen und Herren, und zwar damals von Menschen, die Abgeordnete oder Regierungsverantwortung getragen haben, die qua Amt auch Schaden vom Land abwenden sollten. Was damals galt, gilt auch heute und umgekehrt. Umso wichtiger ist es auch, die Frage zu klären, inwieweit welche Vereinbarung von damals noch tragfähig ist und inwieweit Verantwortung heute zu tragen ist. Ich würde schon auch gern wissen, was der Finanzminister dazu sagt, was mit diesem imaginären Schattenhaushalt irgendwo zwischen 300 Mio. und 2 Mrd. €, wie das eigentlich mit Ihrer Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit im Zweifel zusammenpasst. Ich glaube, dass man das sehr genau in den Blick nehmen sollte. Da wäre auch für mich die Frage im Raum, heißt etwas, was man nicht prüfen muss, weil man das Ergebnis schon kennt, dass es sich nicht lohnt, damit auseinanderzusetzen? Oder überlassen wir jetzt tatsächlich die Überprüfung denjenigen, die am meisten von diesem gesamten Prozess profitieren? Ich habe vergangene Woche, als das Thema in den Zeitungen aufschlug, gedacht, das Erste, was sinnvoll ist, ist Kali+Salz einfach einmal einen Brief zu schreiben und sie um eine Stellungnahme zu bitten. Ich weiß

(Abg. Siegesmund)

nicht wann, ich bin vor mehreren Jahren aus Versehen einmal in deren Verteiler geraten und kriege alle zwei Monate einen Newsletter, den ich gar nicht will. Da stand nie irgendetwas von der Debatte drin, die wir hier führen. Das ist Unternehmenspolitik, eine Landesregierung im Würgegriff eines Unternehmens, was sich nicht äußern will und Sie lassen das einfach zu. Das finde ich interessant.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Antwort habe ich von Kali+Salz bis heute übrigens nicht bekommen. Was mich als Grüne besonders ärgert, das Problem der Werraversalzung, das ist doch auch noch 20 Jahre nach dem Kali-Fusionsvertrag nicht gelöst. Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur am 1. Mai jedes Jahres, sondern auch darüber hinaus sind doch ganz viele Kanuten aus Thüringen und Hessen auf der Werra unterwegs. Setzen wir uns dafür ein, dass dieser Fluss endlich wieder als Fließgewässer bezeichnet werden kann.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Verantwortung der Altlasten, die nach wie vor im Raum sind, auch die sind nicht gelöst. Wir reden einerseits über eine Pipeline, andererseits über die Frage des Streusalzes, drittens über die Frage natürlich auch der Verantwortung für verschmutzte Gewässer usw. und am Ende ist der Adressat der, der sich wegduckt und so tut, als ginge es ihn nichts an. Wir als Grüne skandalisieren das seit Jahren. Das muss man auch klar in den Raum stellen, ökologische Altlasten sind weder Portokasse noch sind sie etwas, was sich in kurzer Zeit erledigen lässt. Umso mehr sage ich deswegen, unser Job ist es, zu wissen, womit wir rechnen müssen im wahrsten Sinne des Wortes. Unser Job ist es, zu wissen, welche Materialien im Zweifel auch verfüllt werden, wie Kali+Salz eigentlich seiner Aufgabe gerecht wird, Altlasten zu sanieren, und ob sie das überhaupt tun und welche gefährlichen Abfälle wie Filterstäube, Rauchgasreinigungsrückstände oder Klärschlammverbrennungsrückstände als Versatzstoffe tatsächlich auch im Rahmen der Altlastensanierung verwendet werden. All das wollen wir wissen und die Frage ist, wer kontrolliert das, wer setzt sich damit auseinander. Deswegen ist für uns klar, es braucht eine fachliche, weitere, fortgesetzte Debatte.

Jetzt will ich noch einen Satz zum Kollegen Primas und seinen Ausführungen sagen unter der Überschrift: Man darf sich nicht zum Spielball von anonymen Zuträgern machen. Lieber Herr Primas, in den vergangenen Wochen und Monaten ist es hier und da ein anonymes Hinweis gewesen, der Licht ins Dunkel zu politischen Vorgängen in dieser Landesregierung gebracht hat. Ganz vorn dran das Landwirtschaftsministerium und Zentralabteilungsleiter, die eine merkwürdige Art und Weise haben,

ihren Job auszuführen, ganz vorn dran in Zweckverbänden bei Massentierhaltungsanlagen, wo aufgrund von anonymen Hinweisen klar geworden ist, dass Kontrolle versagt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn auch an dieser Stelle uns der anonyme Hinweis hilft, bei Kali+Salz eine gute, eine endgültige Befassung, die wirklich auch Transparenz herstellt mit allen Folgekosten, zu finden, dann finde ich das richtig und dann bin ich demjenigen dankbar, der den anonymen Hinweis in diesem Fall gegeben hat. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die SPD-Fraktion spricht Abgeordneter Weber.

Abgeordneter Weber, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, was wir eben bei der Rede von Bodo Ramelow und im Anschluss mit diesen bewegenden Bildern von Ordnern, die von rechts nach links in den Saal gewandert sind, erleben mussten, halte ich für unwürdig,

(Beifall SPD)

unwürdig deshalb, weil wir uns in einem historischen Kontext bewegen, der die Menschen in diesem Land hat zweifeln lassen, zweifeln lassen an der politischen Klasse, zweifeln lassen an denjenigen, die Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg getroffen haben. Der Zusammenschluss der Kali-Industrie in Ost und West 1993 zugunsten, und das in aller Deutlichkeit, von Kali+Salz und der BASF, zuungunsten derjenigen, die dort Arbeit und auch Zukunft hatten, hat zum Abbau eines objektiv überlebensfähigen und konkurrenzfähigen Industriezweigs geführt und es sind 15.000 gewesen, die dagegen auf die Straße gegangen sind, 40 sogar in den Hungerstreik. Menschen haben ihr Leben riskiert, weil sie fassungslos waren über die Ungerechtigkeit, die sie erfahren haben. Man muss das schon an dieser Stelle deutlich sagen, die Treuhand war in dieser Rolle nicht nur ein Wirtschaftsinstrument, sie war ein politisches Instrument, und zwar ein politisches Instrument der CDU-geführten Bundesregierung unter Helmut Kohl, und sie hat zuungunsten der ostdeutschen Interessen und zuungunsten der ostdeutschen Beschäftigten in der Kali-Industrie entschieden.

Die Fakten wurden in einem Geheimvertrag geschaffen, der als Grundlage für diese Situation gedient hat, und seit mehr als 20 Jahren wird in diesem Haus darüber diskutiert, wie wir es schaffen, Einsicht in diesen Vertrag zu bekommen, eine Offenlegung der entscheidenden Passagen herbeizuführen.

(Abg. Weber)

führen. Es gibt eine Klage der SPD-Bundestagsfraktion, die versucht hat, diese Regelungen sowie die Protokolle von Vorstand und Verwaltungsrat der Treuhand vor dem Bundesverfassungsgericht zu erklagen. Das ist also ein Thema, was nicht nur in Thüringen, sondern bundesweit von politisch höchster Brisanz war. Die aktuelle Situation, die wir aus dem Sommer letzten Jahres hier zu Beginn der Debatte bewertet haben, in der eine vermeintliche Kopie des Vertrags, man muss es ja juristisch sauber ausdrücken, zwischen den Häusern hier in Thüringen hin- und hergegangen sind, ergibt natürlich Fragen, Fragen, die teilweise der Minister in seinem Sofortbericht beantwortet hat. Es bleiben aber auch Fragen offen. Mir stellt sich zum Beispiel die Frage ans Umweltministerium: Was ist denn zwischen dem 26.07. und dem 15.08. passiert? Also bei mir dauert eine Annahmeverweigerung keine drei Wochen. Oder was ist in Richtung Staatskanzlei zwischen dem 29.07. und dem 30.08. passiert? Auch vier Wochen dauert eine Annahmeverweigerung nicht. Vor dem Hintergrund muss schon diese Frage erlaubt sein und die müssen wir auch im weiteren Verfahren und in den weiteren Debatten beantworten.

Das ist aber nicht die Kernfrage dieser Diskussion, wenn wir uns mit dem Kali-Fusionsvertrag auseinandersetzen. Es ergeben sich Fragen wie zum Beispiel: Kann das Umweltministerium seine Verantwortung und Zuständigkeit dadurch ablegen, dass es die Annahme verweigert? Oder eine andere Frage: Wenn wir uns seit 20 Jahren mit der Frage der Offenlegung des Kali-Fusionsvertrags befassen, warum hat die Staatskanzlei entgegen einem von allen Parteien mitgetragenen Beschluss dieses Hauses zu dem Zeitpunkt letzten Sommer nicht die Regie übernommen und die Frage in der Öffentlichkeit oder zumindest in den dafür zuständigen Stellen gestellt, ob damit die Geheimhaltungspflicht tatsächlich obsolet ist? Weil es ja diesen Passus im Vertrag gibt und aus meiner Sicht wäre das schon eine Aufgabe der Staatskanzlei gewesen, an dieser Stelle zu sagen, es gibt offensichtlich eine Offenlegung einer vermeintlich vorhandenen Kopie des Vertrags und wie ist denn juristisch weiterzufahren. Wir reden nicht von den letzten Tagen, sondern wir reden vom Zeitraum seit Sommer letzten Jahres.

Darüber hinaus stellt sich die Frage: Warum weigert sich die Staatskanzlei bis heute, diese rechtliche Prüfung vorzunehmen? Das hat Herr Gnauck an dieser Stelle auch nicht beantwortet. Bisher gibt es keine Zusage seitens der Staatskanzlei, eine rechtliche Prüfung, inwieweit eine Offenlegung möglich ist, vorzunehmen.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Genau, da fragt doch mal den Staatssekretär, wo er das Zeug herhat.)

Die Indizien sprechen jedenfalls dafür, dass zumindest die Landesregierung schon seit vielen Jahren über Vertragsinhalte verfügt. Ich darf mit Verlaub, Frau Präsidentin, zwei Protokolle dieses Hohen Hauses zitieren, zunächst vom 14.07.1993, und zwar von Herrn Minister Bohn, FDP: „Mich schmerzt Bischofferode um so mehr, als die Thüringer Landesregierung und mein Haus in allen Gremien immer gegen“ - insoweit das, was Sie gesagt haben, Herr Gnauck, und jetzt kommt es - „den vorgelegten und die Ausgestaltung des vorgelegten Fusionsvertrages votiert haben.“

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Hört, hört.)

Vorgelegter Fusionsvertrag - das ist übrigens kein Geheimnis, Kollege Ramelow, es ist ein Plenarprotokoll.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Darf ich nicht „hört, hört“ sagen?)

Doch, doch. Darüber hinaus ein weiteres Protokoll, 15.01.93, Ministerpräsident Vogel: „Der Verwaltungsrat der Treuhand hat am 9. Dezember 1992 der Privatisierung der Mitteldeutschen Kali AG im Wege der Zusammenfassung mit der Kali- und Salzaktivitäten der Kali & Salz AG in einer gemeinsamen Gesellschaft im Grundsatz zugestimmt.“ „Im Grundsatz (...) zugestimmt“ - wer war denn im Verwaltungsrat der Treuhand zu diesem Zeitpunkt? Darüber hinaus steht im gleichen Protokoll zu lesen: „Zweitens, meine Damen und Herren, in diesem Beschluß ist eindeutig dargelegt, daß nach dieser grundsätzlichen Zustimmung der Inhalt des Vertragswerks dem Verwaltungsrat anhand einer umfassenden Vorlage im ersten Quartal 1993 zur endgültigen Zustimmung vorgelegt wird.“

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Weber!

Abgeordneter Weber, SPD:

Ja?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Der Abgeordnete Heym würde Ihnen gern eine Frage stellen.

Abgeordneter Weber, SPD:

Gern nach der Rede, Herr Kollege Heym.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Am Ende bitte, Herr Heym.

Abgeordneter Weber, SPD:

„Die grundsätzliche Zustimmung ist gegeben worden und ist richtig.“ Zitat Ministerpräsident Bernhard Vogel, 15.01.1993.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir haben Herrn Vogel ja so vieles zu verdanken.)

Diese Fragen sind die Fragen, mit denen wir uns eigentlich befassen müssen, wenn wir über den Kalifusionsvertrag und seine Auswirkungen diskutieren. Darüber hinaus, das hat Kollege Ramelow schon gesagt, hat Herr Illert auf die Anfrage von Dagmar Becker 1998 Ähnliches bestätigt, fünf Jahre später. Die Frage ist also, wer hat denn mit dem vom Kollegen Primas noch mal angeführten Zitat von Bernhard Vogel, er hätte in Bischofferode in die kalte Fratze des Kapitalismus geblickt, damals den Menschen die Wahrheit über ihre Zukunft und über ihr Schicksal gesagt und wer hat möglicherweise Informationen zurückgehalten und sich politisch nicht den tatsächlichen Entscheidungen gestellt? Welche Rolle spielte die Landesregierung im Verwaltungsrat der Treuhand? Wer war außer dem damaligen Ministerpräsidenten noch beauftragt, Verhandlungen in diesem Kontext zu führen, zum Beispiel die damalige Ministerin für Bundesangelegenheiten? Fragen, die sich nur dann klären lassen, wenn sich die Öffentlichkeit endlich mit diesem Vertrag auseinandersetzen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin, eine Strafanzeige, wie sie Herr Gnauck gestellt hat, die mag rechtlich in Ordnung sein. Ob sie für die Menschen im Land nicht zumindest ein missverständliches Signal sein kann, das ist eine ganz andere Frage. Wenn Sie zitieren aus dem UWG - meine Kollegin Marx war so freundlich, mir da juristische Unterstützung zu geben: Strafbewährt ist, wenn jemand diese Informationen zum Zwecke des Wettbewerbs, zum Eigennutz, zugunsten eines Dritten oder in der Absicht, dem Inhaber eines Unternehmens Schaden zuzufügen, verteilt. Es ist jetzt die Frage, unter welchem der vier Punkte Sie diese Aktivitäten interpretieren möchten? Fakt ist, auch meine Fraktion hat ein Schreiben oder ein Paket von Herrn Dossier erhalten und auch meine Fraktion kann nicht prüfen, ob es sich dabei um eine authentische Kopie des Vertrags handelt. Aber immer wieder von einem Geheimvertrag zu sprechen, wenn ich jeden Tag Neues über den Vertrag in der Zeitung lesen kann, wenn ich ihn mir, wie eben schon angesprochen, auf mein iPad downloaden kann, das ist schon ein bisschen lächerlich.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist natürlich kein Geheimvertrag. Es wird ganz offen in diesem Land über die Inhalte diskutiert. Wir müssen in diesem Haus auch bereit sein, zumin-

dest über das, was draußen kursiert - auch wenn wir nicht wissen, ob es authentisch ist -, zumindest über die Inhalte, die mittlerweile jeder Zeitungsleser und jeder Internetnutzer diskutiert, in entsprechenden Gremien zu diskutieren. Das halte ich für selbstverständlich, unabhängig von allen juristischen Fallen, die offensichtlich damit verbunden sind.

(Beifall SPD)

Damit geht die juristische Prüfung einher, inwiefern die Geheimhaltungspflichten tatsächlich obsolet sind. Ich verweise noch einmal auf den Passus im Vertrag, der deutlich macht, wenn offensichtlich eine Öffentlichkeit hergestellt wird, sind diese Geheimhaltungspflichten zumindest noch einmal zu prüfen. Das muss natürlich auch in diesem Hause geprüft werden. Die Menschen in Bischofferode, aber auch die Steuerzahler haben einfach ein Recht zu erfahren, welche Vereinbarungen zu ihren Lasten und auf Lasten ihres Geldbeutels in diesem Haus von der damaligen Landesregierung mit der Treuhand und im Verwaltungsrat der Treuhand gefallen sind.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Kali+Salz, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein profundes Interesse daran hat, diese Informationen nicht zu veröffentlichen, seit 20 Jahren ein profundes Interesse hat, allein das sollte uns zum Nachdenken bringen, denn wenn das alles, was dort niedergeschrieben ist, und alles, was dort entschieden wurde, so unproblematisch für Kali+Salz wäre, warum gibt es denn Einwände gegen eine Offenlegung? Offensichtlich ist hier einiges, was sich zumindest zu diskutieren lohnt.

Es ließe sich auch die Frage stellen, inwieweit diese Regelungen, die wir, wenn wir denn Einblick in den Vertrag haben, unter europäischen Gesichtspunkten zu bewerten sind. Ist es unter Umständen eine unzulässige Beihilfe, eine Wettbewerbsverzerrung? Gibt es Anlass dafür, das im Rahmen eines Beihilfeverfahrens seitens der EU klären zu lassen? Auch das kann man diskutieren in diesem Kontext.

Ich will deshalb noch einmal ausführen, dass wir seitens unserer Fraktion Aufklärung mit allen parlamentarischen Mitteln einfordern, auch wenn wir zu Beginn mit dem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, doch einige Bauchschmerzen hatten, insbesondere mit II., weil wir schon gesehen haben, dass die Landesregierung zur Rechtsbeugung aufgefordert worden wäre, wenn wir das getan hätten. Mittlerweile sehen Sie das ähnlich, deswegen haben Sie klugerweise diesen Entschließungsantrag vorgelegt. Sie haben auch zitiert aus dem Vertrag, Sie haben klugerweise den 16.7 zitiert, den wir auch schon ein paarmal im Ausschuss diskutiert haben. Der ist nämlich gar

(Abg. Weber)

nicht so geheim wie der Rest. Von daher dürfte sich da auch keine Falle für Sie ergeben.

Ich denke, das, was die Fraktion DIE LINKE beantragt hat, muss man diskutieren, und zwar in den Ausschüssen, die unter 2. des Antrags genannt sind. Es fehlt noch ein Punkt, den werden wir allerdings im Rahmen eines Selbstbefassungsantrages heilen. Meines Erachtens oder des Erachtens meiner Fraktion zufolge wäre es auch notwendig, im Justizausschuss die rechtlichen Bewertungen und Stellungnahmen nochmals einer Beratung zu unterziehen. Wir werden das im Rahmen eines Selbstbefassungsantrags unternehmen.

(Beifall SPD)

Lassen Sie mich zum Ende kommen. Ach, im Übrigen, einen Hinweis kann ich mir doch nicht ganz verkneifen. Die Grünen und die Werra-Versalzung: Ich freue mich wirklich auf die Initiativen aus Hessen, die dieses Problem endlich in den Griff bekommen. Da regieren Sie mit, da können Sie das hervorragend auf den Weg bringen.

(Beifall SPD)

Als letzten Satz: Die Kali-Industrie in der DDR, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern aus politischen Gründen zerschlagen worden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war damals die CDU im Bund und wahrscheinlich auch in Thüringen. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Weber, Sie hatten noch die Antwort auf eine Frage des Abgeordneten Heym gesprochen.

Abgeordneter Weber, SPD:

Aber gern - Entschuldigen Sie, Kollege Heym.

Abgeordneter Heym, CDU:

Herr Abgeordneter Weber, wir haben jetzt auch Ihr hohes Aufklärungsinteresse vernommen. Ich habe die erste Frage: War es denn bei Ihnen mal von Interesse zu erfragen, wo denn die Unterlagen herkommen, die Herr Staatssekretär Staschewski im letzten Sommer an verschiedene Häuser der Landesregierung geschickt hat? War das bei Ihnen von Interesse?

Und die zweite Frage: War es bei Ihnen schon einmal von Interesse, dass im Februar dieses Jahres Wirtschaftsminister Höhn in Beantwortung der Kleinen Anfrage, ob es denn Unterlagen gäbe, gesagt

hat, dass er davon nichts weiß, dass er keine kennt oder dass es keine gäbe. War das bei Ihren Recherchen bislang jemals schon mal von Interesse?

Abgeordneter Weber, SPD:

Herr Kollege Heym, ich werde Ihre zweite Frage zuerst beantworten: Herr Minister Höhn hat eben nicht geantwortet, dass er keine Kenntnis von Unterlagen hat, sondern dass er keine verwertbaren Unterlagen hat - das ist im Übrigen Konsens hier im Haus, auch von Herrn Kollegen Ramelow -, es sind nun mal aus juristischen Gründen keine verwertbaren Unterlagen, erstens.

Zweitens, lieber Kollege Heym, für die Menschen in Bischofferode, für die Steuerzahler, die am Ende immer noch die Lasten, für das, was vereinbart wurde, tragen, spielt überhaupt keine Rolle, wo der Vertrag herkommt, sondern was im Vertrag drinsteht. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Einen kleinen Moment, Herr Weber. Der Abgeordnete Ramelow würde Ihnen auch noch eine Frage stellen. Sie hatten ja schon Blickkontakt aufgenommen. Gestatten Sie das?

Abgeordneter Weber, SPD:

Ich dachte, er wollte mir nur zustimmen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte, Herr Ramelow.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Ich habe ja schon applaudiert. Ich habe eine Frage im Anschluss an den Kollegen Heym. Denn die Frage, die Kollege Heym gestellt, hatte vorher schon der Kollege Barth an die Landesregierung gestellt und Herr Gnauck hat darauf geantwortet, dass er nicht antworten will. Jetzt würde ich gerne in dem Kontext die Frage stellen: Wie könnte denn der Kollege Minister Höhn überhaupt antworten, wenn die Landesregierung die Annahme meiner Akte verweigert, um das Material mit den Unterlagen vom Kollegen Höhn überhaupt abzugleichen?

Abgeordneter Weber, SPD:

Gibt es im parlamentarischen Verfahren so etwas wie selbstbeantwortende Fragen? Dann war das eine.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat Abgeordnete Hitzing das Wort.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, werte Kollegen, nach der letzten Rede, nach dem gerade eben gehaltenen Redebeitrag erklären sich für mich die 20 Minuten Auszeit von vorhin.

(Beifall FDP)

Wir sind in meiner Fraktion gerade zu dem Schluss gekommen, dass das mit der Großen Koalition doch sehr ominös zugeht hier im Thüringer Landtag. Das haben wir gerade gut verstanden.

Lieber Herr Ramelow, weil Sie sich gerade so nett in den Mittelpunkt gespielt haben: Es ist nicht leicht, als letzter Redner zu so einem Thema zu reden, bei dem jeder Redner natürlich sehr lange debattiert. Aber wichtig ist schon - und Herr Kollege Primas hat das vorhin auch noch mal angemahnt -, dass wir natürlich hier in einer relativ ruhigen und sachlichen Atmosphäre diskutieren müssen. Ich bin aber sehr begeistert über Ihre schauspielerischen Fähigkeiten, Herr Kollege Ramelow. Das war schon Bühnenreif vorhin.

(Beifall FDP)

Ich denke, Diskussion ist ganz wichtig, denn Politik - Frau Kollegin Abgeordnete Siegesmund hat vorhin auch über Politik gesprochen, was sie empfindet, wenn sie den Begriff „Politik“ definieren sollte oder erklären sollte -, mit der Politik ist es eben wie im wahren Leben: Eine Krankheit kann man nicht dadurch heilen, indem man das Fieberthermometer versteckt. Man muss einfach reden und diskutieren.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, es ging uns ähnlich, wie das meine Vorredner auch dargestellt haben. Wir waren am Montagnachmittag doch auch ziemlich irritiert bzw. überrascht über diese Unterlagen, diesen dicken Ordner, den wir da plötzlich in der Fraktion hatten mit seinen 279 Seiten und dem ganz am Ende platzierten ominösen Fusionsvertrag von Mai 1993. Ob das der echte Vertrag ist, erschließt sich uns nicht, das können wir überhaupt nicht kontrollieren und über die Quellen kann man eigentlich nicht mal mutmaßen. Man weiß nicht, wo er herkommt. Nach den Berichten der „Thüringer Allgemeinen“ allerdings handelt es sich um die Zusammenstellung von Unterlagen, die der ehemalige Wirtschaftsminister im letzten Sommer beschafft hatte, und zwar am 23.07., und dann innerhalb - das sprachliche Bild wurde schon mal benutzt vorhin - wie heiße Kartoffeln hin- und hergeschickt

wurden. Herr Minister Reinholz hat das alles ziemlich genau beschrieben mit Datum und Uhrzeit.

Meine Damen und Herren, sehr verehrte Kollegen, der eigentliche Skandal an dieser ganzen Aufklärung von Terminen ist doch aber, dass der Landtag - wir, Sie und auch ich als Parlamentarier - davon einfach nicht informiert worden ist. Der Landtag ist der oberste Souverän, wir sind die Vertreter der Bürgerinnen und Bürger hier im Land und wir wurden eben nicht durch die Landesregierung im vergangenen Jahr informiert, dass es Unterlagen gibt.

(Beifall SPD)

Da gibt es doch meines Erachtens - also das ist eine unausgesprochene Vertrauensbasis, die doch zwischen Landesregierung und Parlament funktionieren muss. Ich möchte Sie noch einmal daran erinnern, seit 2011 debattieren wir im Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz unter anderem über das Thema der ökologischen Altlasten. Während dieser ganzen Debatte - Herr Kollege Primas, Sie haben das vorhin sehr schön ausgeführt - ist man dann im Ausschuss zu dem Schluss gekommen, wir wollen nicht nur über den Generalvertrag reden, das war dann recht bald geklärt, wir brauchen auch den Fusionsvertrag. Es gab einen gemeinsamen Beschluss - auch das wissen wir bereits -, am 16. Dezember 2011 ist dieser Beschluss einstimmig von allen Fraktionen hier gefasst worden. Damals haben sich einige Minister ein bisschen ominös verhalten aus heutiger Sicht, so möchte ich das mal beschreiben. Sie als Abgeordnete haben dieser ganzen Sache zugestimmt und als Minister dann wurde das mit der Aufklärung plötzlich verweigert. Das kennen wir ja. Wie sah denn da nun die Antwort der Landesregierung aus? Das Umweltministerium hatte dann schon eingeräumt, im Besitz von Auszügen des Vertrags zu sein, zu Artikel 16, zur Umweltaltlastenfreistellung, von der hier auch schon gesprochen worden ist. Eine Einsichtnahme für die Abgeordneten war ausdrücklich ausgeschlossen. Ich habe das letzte Woche schon einmal gesagt, es war wirklich so wie früher in der DDR: Haben wir nicht, kriegen wir nicht, kriegen wir nicht rein, gibt es nicht - fertig. Immer wieder wurde darauf verwiesen, dass aufgrund dieser Geheimhaltungsklausel da nichts geht, die Weitergabe oder Veröffentlichung des Vertrags ohne Zustimmung dieser Vertragspartner ausgeschlossen ist. Herr Minister, Sie haben das alles aufgedrösel, wunderbar. Ich frage jetzt auch noch mal, weil Sie wissen, „Wiederholung ist die Mutter der Pädagogik“ ist mein Lieblingsspruch: Wo ist denn dieser ganze Unterlagenwust im Juli 2013 hergekommen, woher, wie kam es denn? Die zweite für mich ganz wichtige Frage: Warum wurde 2013, von mir aus im Juli, dann nicht wenigstens der Fachausschuss darüber informiert, da gibt es etwas in den Schränken? Das war doch Intention 2011. Wir wollten diesen Vertrag, Herr Primas sagt,

(Abg. Hitzing)

wir wollen alle den Originalvertrag. Richtig, aber wenn doch in den Ministerien eineinhalb Jahre später irgendetwas plötzlich auftaucht, dann ist es verdammt noch mal ein Gebot der Fairness gegenüber dem Parlament. Ich sage es noch einmal: Parlament macht Gesetz, macht Politik für das Land. Dem Parlament mitzuteilen, Leute, es gibt etwas, wir haben etwas in den Ministerien.

(Beifall FDP)

Das ist eine nicht vorhandene Zusammenarbeit Parlament - Regierung. Da klafft eine Lücke und man hat den Eindruck - ich kann mich diesem Eindruck nicht verwehren -, dass die Regierung an dieser Stelle sagt, die beruhigen wir, aber eigentlich müssen die auch nicht alles wissen. Das gefällt mir nicht. Das muss ich Ihnen ausdrücklich sagen.

(Beifall FDP)

Jetzt sind wir bei diesem ganzen Prozedere gewesen, aber die ganz wichtige und spannende Frage, die sich nun am heutigen Tage stellt, in dieser Debatte, die übrigens wirklich wichtig ist, auch, sehr verehrter Herr Kollege Primas, wenn Sie sagen, wir kommen hier vielleicht zu keinem Ergebnis, da gebe ich Ihnen vollkommen recht, aber die Debatte ist wichtig, dass sich das Parlament mit der Thematik auseinandersetzt und die spannende Frage ist doch, handelt es sich bei diesem Kali-Fusionsvertrag um einen Vertrag zulasten Dritter?

(Beifall FDP)

Die Definition, was zulasten Dritter bedeutet, hat dankenswerterweise Herr Minister Gnauck übernommen. Dem ist nichts hinzuzufügen. Sie sind der Jurist und das war sicherlich so, dass das alle verstanden haben. Das stimmt so auch.

Zwar hat die Treuhandanstalt die Freistellung von sämtlichen Altlasten übernommen, aber der bereits erwähnte Artikel 16.7, da wird ja auf die Rechte gemäß der Bund-Länder-Vereinbarung hingewiesen zu den ökologischen Altlasten vom 22. Oktober 1992. Demnach könnte der Bund eine Kostenbeteiligung der Länder und damit auch, logische Folge, des Freistaats Thüringen einfordern.

Herr Ramelow, Sie haben vorhin an einer Stelle in Ihrem Beitrag gesagt, bei der Wismut war das ganz anders. Da hat der Bund das Ding 100 Prozent bezahlt. Das stimmt so nicht, weil alles, was vor '62 war, der Bund nicht übernommen hat. Das weiß ich deshalb, weil mein Kollege Herr Barth viele Jahre die Wismutsanierung mitgemacht hat und ausdrücklich da richtig gut bescheid weiß und er mich gleich darauf hingewiesen hat. So, das war der Werbeblock für meinen Kollegen Herrn Barth. Das können Sie dann gleich noch einmal bereden.

Jetzt kommen wir zu den Jahren '98 und '99. Das war also alles durch. Nun kam der Generalvertrag zu den Altlasten mit der Treuhandnachfolgerin BvS.

In diesem Vertrag hat das Land fortwährende finanzielle Verpflichtungen übernommen. Das ist uns alles bekannt, aber spannend ist jetzt wieder die Frage, ob der Landtag als Haushaltsgesetzgeber auch die entscheidenden Grundlagen hatte, das entscheidende Grundlagenwissen, um dieses Gesetz überhaupt so zu formulieren und dem so zuzustimmen, wie es dann letztendlich auch passierte, nämlich die Frage nach der Altlastenregelung im Kalifusionsvertrag, der 1993 schon geschlossen worden ist. Das wusste niemand. Also damit wurde dem Parlament natürlich verwehrt, seine Rechte richtig wahrzunehmen, weil hier eine Wissenslücke war, die konnte man '98/'99 deshalb so gar nicht erfüllen.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist auch die Begründung dafür, warum es berechtigt ist, auch vom Generalvertrag im Zusammenhang mit dieser Debatte und dem Fusionsvertrag zu reden. Es ist berechtigt und es ist dann immer wieder gesagt worden, das wissen wir nicht und das können wir nicht beantworten, aber hier liegt des Pudels Kern. Aktuell sind wir in der Altlastenfinanzierung, der Rechtsstreit wurde benannt und wir haben erhebliche finanzielle Belastungen für das Land bereits gehabt, wir haben sie aktuell und sie sind zu erwarten. Die Zahl 2 Mrd. wurde schon einmal benannt. Der Generalvertrag, der dann '98 und '99 geschlossen wurde, ist doch mit bestem Wissen gemacht worden oder mit besten Gedanken, aber das grundlegende Wissen hat einfach gefehlt, die Lücke war da und das hätte man aus dem Fusionsvertrag herausfinden müssen und nun ist der ... Das ist noch schlimmer, wenn es da war.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Das haben die heute schon zehnmals erzählt.)

Dann wäre es ja noch schlimmer. Herr Kollege Primas, Sie sagen, dass der Generalvertrag hier nicht mit rein darf. Natürlich darf der mit rein. Das ist ganz wichtig. Jetzt gucken wir uns doch mal an, wie der Generalvertrag geschlossen worden ist, das ist doch das Problem, was im unmittelbaren Zusammenhang steht. Wir haben heute zu zahlen, zu zahlen, zu zahlen. Man hat damals sicherlich auch lange darüber nachgedacht, wie man das macht. Die mehr als 443 Mio. €, dieser Fonds vom Bund ist genommen worden von Thüringen, weil man dachte, es reicht und mit dem Rest könnte man noch gewinnbringend Geld anlegen. Leider ist das Ding nach hinten losgegangen. Es hat nicht gereicht. Wir müssen draufzahlen und das ganz maßgeblich im Bereich Kali.

Die Verhandlungsführung des Landes ist die eine Seite. Viel schwerer wiegt doch aber die Frage, ob hier Verpflichtungen übernommen wurden, ohne das Wesentliche, die Informationen zu haben, die man brauchte.

(Abg. Hitzing)

(Beifall FDP)

Deshalb sind wir der Meinung, wir brauchen eine rechtliche Prüfung des Fusionsvertrags und wir müssen auch klären: Handelt es sich wirklich um einen Vertrag zulasten Dritter? Und folgernd: Sind das die Ursachen dafür, dass wir jetzt diese gigantischen Verpflichtungen des Landes haben?

Nächste Frage: In welchem Umfang sind Zahlungen für Schäden zu leisten, die gar nicht mehr so als Altlasten zu definieren sind, sondern die nach 1990 erst eingetreten sind? Das können wir überhaupt nicht überprüfen. Auch das ist zu klären.

(Beifall DIE LINKE, FDP)

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Das ist doch Unsinn.)

Herr Primas, das weißt du auch nicht, du bist auch kein Bergmann. Wir erwarten jetzt zu diesen Fragen Antworten. Die Fragen werden gestellt und wir möchten Antworten haben, egal ob das jetzt der eine oder andere als Unsinn bezeichnet oder nicht. Fragen zu stellen ist erstens legitim, zweitens gewollt und nur so funktioniert Demokratie, wenn wir uns alle einig wären, könnten wir die Bude hier auch zumachen.

(Beifall FDP)

Die Fragen sind folgende: Was hat das Wirtschaftsministerium nach Erhalt der Unterlagen im Juli 2013 eigentlich veranlasst? Woher kamen die Unterlagen? Wann wurden die Unterlagen weitergeleitet, umgeleitet usw.? Das haben wir heute schon einmal gehört. Aber warum wurde in diesem ganzen Wust der Landtag nicht umgehend informiert? Die Frage muss ich wieder formulieren. Liegen eventuell weitere Unterlagen vor, die nicht in diesen anonymen Ordnern enthalten sind? Dann möchte ich gern wissen: Wie ist eigentlich die Aussage zu werten, die ich heute aus der Presse entnommen habe, von Ihnen, Herr Minister Gnauck, die Unterlagen seien unvollständig? Muss ich jetzt daraus schlussfolgern, dass Sie doch die kompletten Unterlagen und die Vollständigkeit kennen?

(Beifall DIE LINKE, FDP)

Das frage ich mich jetzt auch. So steht es in der Zeitung.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Bingo.)

Nur die Fragen. Wir erwarten demzufolge eine Klärung dieser ganzen Mutmaßungen, ob es eventuell schon 1998 im Umweltministerium die Unterlagen gegeben hat. Auch das - wir erzählen ja hier keine Geschichten, wir erzählen hier nichts, was irgendwie erfunden ist, wir haben das Ganze einem sehr engagierten Journalisten zu verdanken. Wir haben die Unterlagen und die ganzen Informationen eben nicht von der Landesregierung. Ich mutmaße oder

möchte behaupten, wäre das nicht vor anderthalb Wochen passiert, würden wir heute hierüber nicht reden - mit Sicherheit nicht, das glaube ich zumindest.

(Beifall FDP)

Da bin ich wieder an dieser Stelle: Wie weit ist es denn her mit dem Vertrauen zwischen Landesregierung und Parlament? Wenn das so war im Übrigen, dass 1998 schon der gesamte Fusionsvertrag vorgelegen hat, wie es auch zu lesen ist, dann würde das natürlich bedeuten, dass nach all den Fragen, die im Ausschuss gestellt worden sind, Vertreter der Landesregierung uns hier im Parlament bewusst nicht die Wahrheit gesagt haben, man kann auch formulieren, uns belogen haben. Das ist der nächste Punkt zum Thema Vertrauen.

(Beifall FDP)

Das Schlimme ist natürlich, meine Damen und Herren, das wissen wir alle, wir können die Geschichte nicht zurückdrehen, aber der Anstand gebietet es, dass wir Licht ins Dunkel bringen, in diesen ganzen Wust. Das haben alle meine Vorredner auch gesagt und gerade in meiner Heimatregion Nordthüringen, das ist alles ganz deutlich geworden, da haben die Bergleute gestreikt, sie sind im Hungerstreik gewesen. Sie haben einen Kampf aufgenommen, den sie eigentlich schon, als sie ihn aufgenommen haben, nicht mehr gewinnen konnten. Auch diese Zeitabfolge ist noch einmal dargestellt worden. Man muss sich wirklich fragen: Wurde hier von diesen beiden Vertragspartnern - das waren damals die Treuhand und K+S bzw. Vorgänger - wirklich mit Bewusstheit einfach diese Fusion gemacht, dieser Vertrag gemacht, um die Kali-Industrie, also damit das Unternehmen K+S vor ausländischen Konkurrenten zu schützen oder vor weiteren Mitbewerbern, um das Monopol zu sichern? Wurden deswegen alternative Lösungen eventuell überhaupt nicht verfolgt, die zum Wettbewerb geführt hätten? Herr Primas, es ist vielen Menschen in der Region bekannt, wie sehr Sie sich dafür eingesetzt haben, dass da etwas verändert wird, das möchte ich ausdrücklich an dieser Stelle auch noch benennen.

Man muss sich auch die Frage stellen: Haben diese beiden Vertragspartner billigend in Kauf genommen, dass dort mehrere Hundert Arbeitsplätze von Bergleuten vernichtet worden sind und auch deren Existenz infrage gestellt wurde?

(Beifall FDP)

Das sind Fragen, die wir auch in die Diskussion mit einführen müssen. Aber es ist einfach schlimm, wenn man heute sagen muss, die Vorräte hätten erstens noch nach wissenschaftlichen Erkenntnissen mindestens 50 Jahre gereicht. Es war ein hochqualitatives Salz, das in Bischofferode gefördert wurde. Ich sage deshalb, es war, der Schacht ist geflutet worden, unwiederbringlich, die Vorkom-

(Abg. Hitzing)

men sind unwiederbringlich und demzufolge natürlich auch der Bergbau in dieser Region.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden auch einer Ausschussüberweisung zustimmen, um in dem entsprechenden Fachausschuss oder den Fachausschüssen darüber zu reden.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Aber in vertraulicher Sitzung.)

Ich bedanke mich ausdrücklich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Wollen Sie sofort? Ich habe noch Redner aus den Abgeordnetenbänken. Dann für die Landesregierung zunächst Minister Gnauck. Ich habe die Redemeldungen von Herrn Kummer und von Herrn Döring schon gesehen, es wären aber in der Reihenfolge dann erst Abgeordneter Kummer für die Fraktion DIE LINKE und dann Abgeordneter Döring für die SPD-Fraktion dran. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich würde gern einige Dinge, weil sie von Vorrednern angesprochen worden sind, jetzt noch ergänzen, und dann haben die Abgeordneten auch die Möglichkeit, das bei ihren Redebeiträgen noch zu berücksichtigen.

Zum einen, Frau Hitzing, noch einmal zur Klarstellung, welche Unterlagen die Landesregierung hatte, auch mit Blick auf Presseerklärungen oder Aussagen, die zitiert worden sind. Kollege Reinholz hat das sehr anschaulich beschrieben, dass es um die Unterlagen, die im Sommer 2013 im Wirtschaftsministerium angelandet sind, ging. Die anderen Unterlagen hatten wir nicht, haben wir nicht und möchten wir auch nicht haben, Herr Ramelow. Diese Unterlagen sind im Zuge der Debatten dann auch geprüft worden und da ist damals gesagt worden, man kann weder feststellen, ob sie echt sind, man konnte aber feststellen, dass sie nicht vollständig sind, indem man sich die einzelnen Seiten angeguckt hat. Das und nichts anderes war im Rahmen der Äußerungen dann gemeint. Ich hoffe, dass dieser Punkt ausreichend klargestellt worden ist.

Dann gibt es einen zweiten Redebeitrag des Abgeordneten Weber, der Veranlassung gibt, einige Dinge noch einmal klarzustellen, Herr Weber. Sie haben ein Stück weit versucht, die Staatskanzlei da in Haftung zu nehmen und haben Rechtsfragen, die aus meiner Sicht nach dem ersten Teil der Debatte klar schienen, noch einmal in die Richtung geschoben mit dem Hinweis auf die hochverehrte Kollegin Marx, die auch ein volljuristisches Studium hat. Ich

will jetzt einfach aus einem Papier zitieren, das nicht von uns ist, das hat nämlich das Wirtschaftsministerium, vertreten durch Herrn Staatssekretär Staschewski, an das Justizministerium, vertreten durch Herrn Prof. Herz, gerichtet. Das ist vom 22. August 2013 und ich darf aus dem Schreiben kurz zitieren: „Die Argumentation des Herrn Kollegen Staatssekretär Richwien im Hinblick auf den strafbewährten Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen teile ich.“ - schreibt Herr Herz an Herrn Staschewski. „Ich gehe davon aus, dass eine Offenlegung der Vertragsdokumente ausschließlich durch die Vertragsparteien“ - hatten wir vorhin schon - „des Vertrages selbst erfolgen oder erlaubt werden kann. Eine unbefugte Offenbarung könnte ungeachtet einer strafrechtlichen Relevanz aus Gründen des Wettbewerbs- oder Datenschutzes zivilrechtliche Unterlassungs- oder Schadensersatzansprüche nach sich ziehen. Rechtliche Argumente oder Gründe, die eine Offenlegung des Vertragstextes durch die Landesregierung ohne Zustimmung durch die Vertragsparteien rechtfertigen könnten, sind für mich darüber hinaus nicht erkennbar.“ Auch dieses Schreiben ist im Zuge der Vorbereitung auf die heutige Sitzung im Kabinett gekreist. Diese Rechtsauffassung hat sich der Justizminister, haben sich aber auch die übrigen Mitglieder der Landesregierung zu eigen gemacht. Deswegen, sage ich noch einmal, ist für uns die rechtliche Position geklärt. Nichts anderes habe ich vorhin ansprechen und sagen wollen. Ich gehe mal davon aus, Herr Weber, da beide Kollegen ja aus Ihrer Fraktion in der Großen Koalition - ich hatte nicht immer bei Ihren Ausführungen das Gefühl, dass das eine Rede aus der Großen Koalition war - waren, werden die Sie auch entsprechend beraten, wenn Sie noch Beratungsbedarf haben. Danke schön.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE Abgeordneter Kummer.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Vielen Dank. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Minister Gnauck, Sie hatten dankenswerterweise gesagt, dass Thüringen in dem Prozess ein Dritter ist. Es ist hier mehrfach davon gesprochen worden in dieser Debatte, dass Thüringer Vertreter auf bestimmten Ebenen für oder gegen den Kali-Fusionsvertrag waren. Wenn ich mich zu einem solchen Vertrag verhalte, gehe ich davon aus, dass ich ihn dann auch kenne.

(Beifall DIE LINKE)

Und wenn ich einen solchen Vertrag kenne und ich weiß, dass dieser Vertrag weit in die Zukunft wirkt, dann hebe ich ihn auch auf. Ich will jetzt nicht sagen, dass wir dann im Wirtschaftsministerium von Herrn Bohn vielleicht noch Unterlagen aus der Zeit finden könnten oder von Herrn Staatssekretär Rich-

(Abg. Kummer)

wien, der sich die dann als damaliger Wirtschaftsstaatssekretär noch einmal herauszog, als es um den Generalvertrag ging. In der Staatskanzlei müssten auch Unterlagen da sein. Wenn denn aber Thüringen das wirklich alles nicht wusste und wirklich hier unbeteiligter Dritter war, also nicht diesen Passagen zugestimmt hat, dann muss man doch die Rechtmäßigkeit dieses Vertrags wirklich hinterfragen. Und, meine Damen und Herren, da komme ich jetzt zu der Frage, Klärung, ob denn die Dokumente, die im Wirtschaftsministerium bei Herrn Höhn vorgelegen haben, korrekt sind oder nicht. Herr Minister Reinholz, Sie hatten gesagt, von den Artikeln 16.1 bis 17.4 liegen die Dokumente vor, weil sie im Rahmen der Erstellung des Generalvertrags „Ökologische Altlasten“ wichtig waren. Wir hatten uns im Ausschuss mit der Frage beschäftigt und haben die Aussage bekommen, dass eine Rechtsanwaltskanzlei von der Landesregierung beauftragt wurde, um zu prüfen, ob der Generalvertrag wirklich diesen Kali-Fusionsvertrag richtig umsetzt, also ob man diesem Generalvertrag so zustimmen konnte. Ich weiß nicht, was Ihre Kanzlei geprüft hat. Wenn sie bloß geprüft hat, ob der Generalvertrag diese Passagen des Kali-Fusionsvertrages erfüllt,

(Zwischenruf Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz: Ja.)

dann mag die Aussage der Kanzlei richtig gewesen sei. Die Kanzlei hätte aus meiner Sicht aber eher prüfen müssen, ob denn diese Passagen des Vertrags rechtswirksam sind. Nach dem, was uns vorliegt, und komischerweise sind die entsprechenden Bereiche, auch Artikel 16.1 bis 17.4, handelt es sich hier um Dinge, die in dem Freistellungsrecht der Bundesrepublik Deutschland und der DDR damals überhaupt nicht üblich waren. Wie kann ich denn einem Unternehmen eine Freistellung für seine Rechtsvorgänger gewähren, also vor Zeiten weit vor der DDR? Wie kann ich denn einem Unternehmen eine Freistellung für die Zeit nach der DDR gewähren? Wie kann ich denn eine Freistellung für die Werra-Entsorgung weit in die Zukunft gewähren? Wir reden über 1.300 Jahre, bis das Salz von den Halden weg ist. Wenn diese Regelungen, die in diesem anonymen Papier drin sind, identisch sind mit denen, die bei Ihnen im Haus in den identischen Paragrafen vorliegen, Herr Minister, dann hätte die Landesregierung verdammt noch mal die Pflicht gehabt, die Rechtswidrigkeit dieses Vertrags anzugreifen!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht hier um Milliarden und das hätte vom ersten Tag an, 1993 bereits, erkannt werden müssen. Dann hätten wir den Umgang mit Bischofferode,

das Unrecht, was im DDR-Kalibergbau passierte, vermeiden können.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang erwarte ich, dass wir über diese Fragen im Parlament reden, dass wir diese Daten vorgelegt bekommen, denn hier geht es wirklich um die Parlamentsrechte, um das Recht des Haushaltsgesetzgebers. Das, denke ich, können wir, in welcher Vertraulichkeit auch immer, klären. Es hat bisher kein Angebot der Landesregierung zu dieser Frage gegeben. Ich gehe davon aus, dass wir uns nach den heutigen Erklärungen der Fraktionen mit diesen Fragen beschäftigen. Denn ansonsten wird Thüringen für die nächsten 1.300 Jahre bezahlen.

Herr Primas, einen Satz gestatten Sie mir noch zu der Frage Lizenz zum Gelddrucken. Wenn man die Gewinnverteilung so regelt, dass man bei gewinnträchtigen Bereichen wie der Sonderabfallentsorgung unter Tage eine andere Gewinnzuführung macht als bei den Bereichen, die offensichtlich defizitär sein werden, dann ist das eine Lizenz zum Gelddrucken gewesen.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Das ist ein Schwachsinn.)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir jetzt im Ausschuss endlich Klartext reden können und ansonsten in den anderen Parlamentsgremien. Wenn das nicht auf den Weg kommt, dann müssen wir uns wirklich Gedanken machen, wie wir weiter mit der Frage umgehen.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Das Wort hat jetzt Abgeordneter Döring für die SPD-Fraktion.

Abgeordneter Döring, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, beim Verfolgen der bisherigen Debatte hatte ich das eine oder andere Mal den Eindruck, ich bin im falschen Film. Ja, es musste klargestellt werden, seit wann Kopien in den jeweiligen Ministerien vorhanden waren und sind. Ja, wir müssen klären, ob der Vertrag zulasten Dritter ohne deren Wissen und damit zulasten Thüringens abgeschlossen wurde. Aber, meine Damen und Herren, die Zeitungsberichte in der „Thüringer Allgemeinen“ haben es, denke ich, noch einmal wie in ein Brennglas in den Fokus gestellt. Was hier im dritten Jahr der deutschen Einheit mit Bischofferode geschah, das ist und das war eine Schande.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Döring)

Es wurde nämlich eine ganze Region verraten und verkauft und in die Hoffnungslosigkeit geschickt. Es ging nicht um Marktfähigkeit, sondern um Marktberreinigung. Frau Hitzing, das muss man nicht fragen, das weiß man.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Das muss man mal nachgucken. Das muss man sich anschauen, was passiert ist mit einigen Herstellern, die plötzlich neue Verfahren entwickeln mussten, weil sie nämlich dieses Salz nicht mehr zur Weiterverarbeitung nutzen konnten. Ich zitiere: „Mit manipulierten Prognosen wurde die Öffentlichkeit von der Treuhand belogen und betrogen. Eiskalt setzte man sich über alle Proteste und vernünftigen Einwände hinweg. Es ist unfassbar, wie Treuhand und Bund sich als Steigbügelhalter für skrupellose Konzerninteressen mißbrauchen lassen. (...) Als Zugabe werden von der Treuhand noch erhebliche Fördermittel zweckentfremdet gen Westen geschoben, während der Löwenanteil der Verluste der Treuhand und damit dem Steuerzahler aufgebürdet wird. Kali & Salz sanierte sich dumm und dämlich, BASF entledigt sich elegant der Konkurrenz, und das alles auf dem Rücken der Kalikumpel von Bischofferode.“

Meine Damen und Herren, das war wortwörtlich meine Einschätzung hier im Hohen Hause am 14. Juli 1993. Und ich habe heute davon kein einziges Wort zurückzunehmen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Zur historischen Wahrheit gehört leider auch, dass die damalige CDU-FDP-Landesregierung, ohne Einwände geltend zu machen, den Eckdaten der Fusion zustimmte. Es wurde nicht nach den Folgen für unser Land gefragt. Ein Treuhandvorstand hat das damals so kommentiert, ich zitiere: Die Thüringer Landesregierung hatte nicht eine Position, die alternativ zu den vorliegenden Kali-Fusionsplänen diskutierbar wäre. Bernhard Vogel hat sich später einfach nicht getraut, zu dem zu stehen, was er einmal mit abgesehnet hat.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Ja, so kann man das sagen.)

Als Bernhard Vogel dann in Bischofferode den Betroffenen zurief - ich habe daneben gestanden -, „ich bin der einzige deutsche Politiker, der hinter euch steht“, erntete er daher zu Recht nur Hohn und Wut. Mit der frühzeitigen Zustimmung zum Gesamtkonzept der Kali-Fusion hatte sich die Landesregierung die Chancen für ernsthafte Nachverhandlungen verbaut. Ein damals hier im Plenum mit knapper Mehrheit - ich glaube, es waren 29 oder 27 - angenommener SPD-Antrag, sich für die Änderung des Vertrags zugunsten Bischofferodes einzusetzen und ggf. gegen die Treuhand zu klagen,

wurde, denke ich, nie wirklich ernsthaft verfolgt. Übrig blieb eine Arbeitsplatzzusage von Bund und Land, die zwar teuer wurde, aber keine wirklich neuen Strukturen brachte. So ist und bleibt für mich Bischofferode ein Albtraum und unter den Folgen der damaligen verfehlten Politik, auch der damaligen CDU/FDP-Landesregierung, leidet die betroffene Region noch heute. Das, lieber Bodo, ist nicht Historie, das ist die tägliche Wirklichkeit und das, meine Damen und Herren, ist für mich der wirkliche Skandal. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich habe keine weiteren Redeanmeldungen mehr. Ich glaube, ich kann die Aussprache schließen. Ich stelle fest, dass das Berichtersuchen erfüllt ist. Falls dem nicht widersprochen wird, dann ist das auch so. Es ist nicht vereinbart worden, diesen Sofortbericht im Ausschuss fortzubearbeiten, aber es ist beantragt worden, die Nummer II aus dem Antrag im Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz zu beraten. Wer dem seine Zustimmung gibt, den bitte ich - Geschäftsordnungsantrag? Herr Abgeordneter Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Ich würde beide Sachen, den Punkt II und den Entschließungsantrag an die entsprechenden Ausschüsse, einschließlich, sage ich jetzt, des Justizausschusses, wie es besprochen wurde - bitte? Ja, und den Sofortbericht, also bitte dann den gesamten Komplex bitte an die Ausschüsse überweisen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Dann muss ich jetzt noch mal zurück. Wir sind erst mal bei der Nummer II des Antrags, dann kommen wir zur Abstimmung zum Entschließungsantrag, also in dieser Reihenfolge und es ist mir signalisiert worden von der Verwaltung, dass die Fraktionen gesagt haben, die Fortsetzung der Beratung des Berichts im Ausschuss wollen sie nicht.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Ja, dann präzisieren wir das jetzt. Den Bericht, den Punkt I, den Punkt II und den Entschließungsantrag, alles an die Ausschüsse bitte überweisen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Gut, dann muss ich noch mal zurückgehen. Es ist jetzt der Antrag gestellt worden, den Bericht im Ausschuss zu beraten. Da müssen alle Fraktionen, die die Beratung des Berichts beantragt haben, zustimmen und ich stelle das zur Abstimmung. Wer

(Vizepräsidentin Dr. Klaubert)

die Fortberatung des Berichts im Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus allen Fraktionen. Ich frage nach den Gegenstimmen. Die gibt es nicht. Stimmenthaltungen gibt es auch nicht. Das ist damit einstimmig geschehen.

Dann kommen wir zur Nummer II des Ausgangsantrags. Das hatte ich vorhin schon mal aufgerufen. Wer der Überweisung dieser Nummer II des Ausgangsantrags an den gleichen Ausschuss seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Moment, es gab einen Geschäftsordnungsantrag, als ich noch nicht zu Ende gesprochen hatte. Herr Abgeordneter Eckardt.

Abgeordneter Eckardt, SPD:

Punkt II soll nicht nur an den Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz, sondern auch an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, den Haushalts- und Finanzausschuss und den Justiz- und Verfassungsausschuss überwiesen werden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Gut, aufgerufen hatte ich schon den Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz. Da waren wir schon fast in der Abstimmung. Wer der Überweisung dieser Nummer II an diesen Ausschuss seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus allen Fraktionen. Ich frage nach den Gegenstimmen. Die gibt es nicht. Stimmenthaltungen? Gibt es auch nicht.

Dann stimmen wir zur Überweisung der Nummer II des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit ab. Wer diesem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus allen Fraktionen. Ich frage nach den Gegenstimmen. Die gibt es nicht. Stimmenthaltungen? Gibt es auch nicht. Damit ist auch das einstimmig geschehen.

Wer der Überweisung der Nummer II des Antrags an den Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus allen Fraktionen. Gibt es hier Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall. Auch diese Überweisung ist einstimmig geschehen.

Wir stimmen nun zur Überweisung der Nummer II des Antrags an den Justiz- und Verfassungsausschuss ab. Wer dieser seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus allen Fraktionen. Gibt es hier Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall. Auch diese Überweisung ist einstimmig geschehen.

Ich nehme an, dass die Federführung beim Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz liegen müsste und würde jetzt darüber abstimmen. Wer dieser Federführung beim Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Das sind die Stimmen aus allen Fraktionen. Gibt es hier Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? Die gibt es auch nicht. Die Federführung liegt beim Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz.

Nun kommen wir zum Überweisungsverfahren - Entschließungsantrag. Jetzt frage ich gleich zurück: Soll hier auch die Überweisung an alle Ausschüsse erfolgen? Dann werden wir wieder in der gleichen Reihenfolge abstimmen.

Wer der Überweisung des Entschließungsantrags an den Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus allen Fraktionen. Gibt es hier Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? Die gibt es auch nicht. Das ist also einstimmig geschehen.

Wer der Überweisung des Entschließungsantrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Vielen Dank. Das sind die Stimmen aus allen Fraktionen. Gibt es hier Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? Die gibt es auch nicht. Auch diese Überweisung ist einstimmig geschehen.

Wer der Überweisung des Entschließungsantrags an den Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus allen Fraktionen. Vielen Dank. Gibt es hier Gegenstimmen? Die gibt es nicht. Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen sehe ich auch nicht.

Wir stimmen als Letztes zunächst über die Überweisung des Entschließungsantrags an den Justiz- und Verfassungsausschuss ab. Wer dem seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus allen Fraktionen. Gibt es hier Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall. Damit ist auch diese Ausschussüberweisung einstimmig beschlossen worden.

Ich schlage auch hier wieder vor, dass der Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz die Federführung übernimmt. Wer dem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus allen Fraktionen. Gibt es hier Gegenstimmen? Die gibt es nicht. Stimmenthaltungen? Die gibt es auch nicht. Diese Entscheidung ist einstimmig getroffen worden.

(Vizepräsidentin Dr. Klaubert)

Ich schließe damit den Tagesordnungspunkt und damit die Sondersitzung des Thüringer Landtags. Aufgrund der angekündigten technischen Notwendigkeiten beginnen wir mit der regulären Sitzung des Thüringer Landtags um 15.30 Uhr.

Ende: 14.55 Uhr